Nr. 371

INTERIM

auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

Stoppt den Rinderwahnsinn



Notschlachtung aller Bullen

11.4.1996

Vorwort:

Da wir in den letzten Tagen lieber in der endlich strahlenden Frühlingssonne lagen als uns um unser Heft zu kümmern, ist es vielleicht ein wenig hingeklatscht - dafür ist unsere Laune bedeutend besser geworden.
Unübersehbar naht der erste Mai, das 1. europäische Treffen gegen den "Neoliberalismus" (vom 30.5. bis 2.6. in Berlin) und das Sommerloch. Dieses Jahr beginnt die 1.Mai-Demo zwar wie gewohnt um 13.00 Uhr, doch endlich nicht mehr ab Oranienplatz (dort versammeln sich die AnhängerInnen des orthodoxen ML), sondern ab Rosa-Luxemburg-Platz (da paßt Name und Inhalt voll zusammen).
Zur Forderung von BP (Bolschewik Partisan) nach dem Abdruck ihres Papiers zum 1. Mai in der Interim: eure Forderung erfüllen wir gerne, sobald ihr in eurem Parteiorgan die Rede von Bakunin auf dem Gründungskongreß der 1. Internationalen und den Text von Rosa Luxemburg zur bolschewistischen Revolution ("Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden") abgedruckt habt. Bis dann ...
Nicht nur allen unseren LeserInnen wünschen wir ganz viel Zeit, um in der Sonne zu liegen ...

♏◆❑♏ ✋■⧫♏❑♓❍⬧

Inhalt

Impressum:
Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
Redaktionsanschrift: ebenda
V. i. S. d. P.: Charlotte Schulz
Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag
Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der AbsenderIn, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.



Ordner

Positionen von BP zum rev. 1. Mai-Plenum 96
Überleben der Armen gefährdet
Schmutzige Geheimdienstmethoden gegen HausbesetzerInnen
Der Trümmerhaufen einer ehemals linken politischen Bewegung (Braunschweig)
Wie die Deutschen durch ihre Geschichte Oberwasser bekommen
Sexueller Mißbrauch an Jungen
Staatsschutz schnüffelt im Juzi Göttingen
Kriminalisierungsversuch gegen Bunte Hilfe Darmstadt
Konferenz der unter Haft Verschwundenen in Istanbul

Auf der Suche nach der verlorenen Post

Wir haben ein Problem: im letzten halben Jahr ist bei uns deutlich mehr Post nicht angekommen, als wir es gewohnt waren. Bisher hielt sich der Postschwund in einem erträglichen Rahmen und wir machten diebische PostlerInnen dafür verantwortlich. Doch nun sind wir mit einer neuen Situation konfrontiert: seit fast einem Jahr kommen aus einzelnen Städten systematisch alle Briefe nicht an. Da es sich meist um Geldsendungen handelt, können wir auch weiterhin nicht ausschließen, daß PostlerInnen die Diebe sind. Doch wir verdächtigen eher die Bullen, sei es nun dienstlich (die Briefe werden beschlagnahmt) oder daß sie sich die Kohle privat in die Tasche stecken. Aber auch Postkarten sind anscheinend nicht angekommen, so daß es sich auch um ein gezieltes **Sticheln zur Verunsicherung** handeln kann. Zudem ist nicht klar, ob das Problem immer in Berlin liegt, es gibt auch Fälle, bei denen das Problem in der betreffenden Stadt zu liegen scheint. Auf jeden Fall führte dies dazu, daß wir Städte, von denen wir seit fast einen Jahr nichts mehr gehört hatten, recht pampig auf ihre Schulden bei uns angemacht haben, obwohl sie alle drei Monate einen Brief an uns geschickt hatten. Dafür möchten wir uns hiermit nochmal öffentlich entschuldigen (wir freuen uns, daß euch die Schokolade geschmeckt hat - wir hatten sie selbstverständlich ungeöffnet verschickt). Gleichzeitig gibt es aber auch Städte, die es wirklich fertig bringen, fast ein Jahr lang alle unsere Rechnungen und Mahnungen zu stapeln, und erst dann, wenn wir pampig werden, antworten. Es ist für uns echt schwer, dies zu unterscheiden.

Was tun? Versucht bitte, wenn irgendwie möglich, Briefe (besonders die mit Geld drin) direkt in unser Postfach im Mehringhof (Gneisenaustr. 2a; 10961 Berlin) einzuwerfen (falls ihr es nicht findet, fragt euch danach durch); eventuell könnt ihr ja auch Bekannte in Berlin bitten, dies für euch zu tun. Wenn es gar nicht anders geht, schickt nie mehr als 50.-DM in einem Umschlag und verteilt somit die Beträge auf mehrere Briefe. Falls ihr inhaltliche Beiträge auch nach drei bis vier Wochen weder im Heft noch im Ordner findet, fragt nach und schickt den Text nochmal los. Und kümmert euch gleich um eine Rechnung, wenn ihr sie erhaltet.

Jetzt laßt euch nicht völlig verunsichern - dies ist gerade das Ziel der Bullen. Wir bleiben weiterhin im Land.

Vertriebsbedingungen:

Einzelabos und Einzelbestellungen, auch von alten Heften, gibt es prinzipiell nicht. Das ist uns einfach zuviel Arbeit - wir wollen nicht ganz und gar in der Bürokratie versinken. Geht bitte in den nächsten Infoladen, dort müßte es eine komplette Sammlung zum Photokopieren geben.

Ausnahmen davon gibt es folgende:
Knastabos gibt es umsonst und auch **Infoläden und Infocafes** außerhalb Berlins bekommen ein kostenloses Exemplar zum öffentlich Auslegen bzw. Zugänglichmachen.

Buchläden und andere WiederverkäuferInnen können jederzeit ab drei Exemplaren bei uns bestellen. Oder ihr tut euch mit euren FreundInnen und den benachbarten WGs zusammen und bestellt mindestens drei Hefte jede Woche. Falls ihr ganz abseits im Wald oder sonstwo wohnt, und uns in einem Brief die Unmöglichkeit, zwei weitere WGs zu finden, erklärt, machen wir gerne eine Ausnahme.

Redaktionsschluß ist immer **montags**. Wenn es ganz dringend ist, könnt ihr es auch noch Dienstag probieren. Aber da leeren wir den Briefkasten nicht immer. Am besten werft ihr eure Artikel selbst in unser Postfach im Mehringhof (in einem geschlossenen Umschlag mit deutlich "für Interim" drauf durch den Schlitz im Postraum). Sollte dies euch nicht möglich sein, schickt es per Post - aber dieser Weg ist nicht 100% sicher.

Alle **Artikel**, die ihr uns zusendet, sollten **fertig gestaltet** sein. Also, wenn ihr mit Schreibmaschine oder ähnlichem schreibt, ab und zu ein neues Farbband, Typen sauber machen, 1-zeilig tippen, weißes Papier benutzen, so daß es gut zu lesen ist und vielleicht auch mal ein Photo oder eine Zeichnung mit einstreuen. Denn: das Auge liest ja schließlich auch mit, nicht wahr?

Artikel, die **nicht veröffentlicht** wurden, kommen in der Regel ohne Kommentar in die **Ordner**. Diese befinden sich im Papiertiger (Cuvrystr. 25), im Kopierladen M.99 (Manteuffelstr. 96), im Nachladen (Waldemarstr. 36) und im Infoladen Daneben (Liebigstr. 34) und sind dort allgemein zugänglich.
Zuschriften, die nicht veröffentlicht werden sollen, und auch nicht in die Ordner dürfen, müssen groß und auffällig als solche gekennzeichnet werden.

Anzeigen: wir drucken keine bezahlten Anzeigen ab; aber Verlage oder Gruppen, die eine Broschüre vertreiben, können uns einfach eine Anzeigenvorlage und vielleicht als Dankeschön ein Belegexemplar schicken und wir drucken dann im Normalfall die Anzeige ab. Die Größe bestimmen wir und alles ohne Gewähr.

Stand: 4.96

Heraus auf die Straße!



Der 1. Mai geht weiter

Erstmals nach mehreren Jahren wird es in Berlin wieder revolutionäre 1. Mai-Demo geben, die von einem breiteren linksradikalen Bündnis unterstützt wird. Sie wird durch den Prenzlauer Berg führen. Der 1. Mai ist ein weltweiter Kampftag um soziale Rechte und für eine Gesellschaft, in der diese sozialen Rechte tatsächlich verwirklichbar sind. Dieses Datum hat für uns eine besondere Bedeutung. Es stellt eine der wenigen Gelegenheiten dar, als Linke aktiv an die Öffentlichkeit zu treten, statt nur unmittelbar auf Tagespolitik zu reagieren. Der Kampf um soziale Rechte, Antimilitarimus, Internationalismus: Themen, die mit der über hundertjährigen Geschichte des 1. Mai untrennbar verbunden waren und die wieder brandaktuell geworden sind. Die letzten Jahrzehnte waren geprägt von den staatlichen Versuchen, die vorwärtsweisenden Forderungen einer fortschrittlichen Linken in Schranken zu halten, in lahme Rituale zu verwandeln oder im eigenen Sinne zu vereinnahmen. Jetzt wird der Durchmarsch von Rechts geübt: es wird nicht mehr beschwichtigt, sondern zurückgedrängt. In einem historisch gesehen hohen Tempo soll in der BRD beseitigt werden, was vornehmlich die Linke in diesem Jahrhundert Staat und Kapital an Zugeständnissen abgetrotzt hat.

Aufruf zum Antifablock

Für uns bedeutet konsequenter Antifaschismus immer auch den Kampf für eine revolutionäre Perspektive. Dies heißt, den Kampf ums Ganze von einem konkreten Ausgangspunkt zu führen. Antifaschismus ist keine eingeschränkte Politik, die gebannt auf die Neo-Nazis starrt und dabei die Umstände vernachlässigt, die den Faschismus möglich machen.

Die Versuche der Faschisten in den letzten Jahren, den 1. Mai in Berlin in ihrem Sinne durch Aufmärsche zu prägen, wurden von der Antifa gestört und verhindert. Doch auch unabhängig von solchen faschistischen Provokationen ist uns die Wichtigkeit einer wahrnehmbaren linken Demonstration bewußt. Schließlich greifen die Neo-Nazis auf eine in der deutschen Bevölkerung weitverbreitete nationalistische Grundstimmung zurück, die durch den kapitalistischen Normalzustand genährt wird. Ein Normalzustand, für den ein internationalistischer und revolutionär orientierter 1. Mai immer Störfaktor und Gegenbezugspunkt sein wird. Deshalb beteiligen wir uns als AntifaschistInnen selbstverständlich am 1. Mai und fordern alle anderen Linken auf, ihren Teil zu diesem gemeinsamen Kampftag beizutragen.

Über den Tag hinaus

Eine Demonstration am 1. Mai kann nur so stark sein wie die Linke, die diese trägt. Doch das Datum mit seiner Symbolkraft werden wir uns nicht nehmen lassen. Heraus auf die Straße! Komplexe Konflikte auf einen einfachen Nenner zu bringen, heißt schließlich immer, den Kampf auch symbolisch zu führen. Darum müssen wir auch weiterhin die Möglichkeit nutzen, Anlässe wie den 1. Mai im Sinne einer radikalen Linken zu gestalten.

Heraus zum revolutionären 1. Mai!



Links: „Die Demonstration" Linolschnitt zum 1. Mai, Masereel, 1930:
Mitte: Revolutionäre 1. Mai Demo in Berlin Kreuzberg 1988.
Oben: John Heartfield, Arbeiter Illustrierten Zeitung, 1931

Gegen Kapital und Patriachat kämpfen wir international 1. Mai 88

Geschichte des 1. Mai

Wie alles anfing

Der 1. Mai begann 1889 als „Tag der internationalen Solidarität und des Kampfes des Proletariats", als Antwort auf die Ereignisse in Chicago zwei Jahre zuvor. Dort hatte die Polizei militante Proteste für den 8-Stunden Tag mit Waffengewalt erstickt und die vermeintlichen Anstifter der Revolte kurz darauf hingerichtet. Ausgangspunkt des 1. Mai waren also Protestformen der militanten Revolte.

Ging es zu Beginn hauptsächlich um die Forderung des 8-Stunden-Tages, der, nach Marx festlegen sollte „wann die Zeit, die der Arbeiter verkauft, endet und wann die ihm selbst gehörige Zeit beginnt", wurden die Mai-Demonstrationen zunehmend mit weiteren politischen Forderungen begangen. Je stärker das Bewußtsein wurde, als Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus zu kämpfen, desto umfassender wurden die Forderungen nach einer grundlegenden Veränderung der Verhältnisse. Dies wird deutlich an den Forderungen nach der Abschaffung der Sozialistengesetze, für die Demonstrationsfreiheit, für das allgemeine Wahlrecht, für die Gleichstellung der Frau und für die Abschaffung des Zarismus in Rußland.

Der revolutionäre 1. Mai

Entscheidend für die Geschichte nicht nur des 1. Mai wurde der Bruch innerhalb der Linken während des 1. Weltkrieges: Sie teilte sich in einen revolutionären Teil, der weiterhin für die grundlegende Umwälzung der kapitalistischen Verhältnisse kämpfte und in eine reformistische Mehrheit, die sich in der Folgezeit mit dem System versöhnte, sich an der Macht beteiligte und nur noch innerhalb der bestehenden Verhältnisse Verbesserungen herbeiführen wollte. Anlaß für den Bruch in Deutschland war das Einstimmen der Sozialdemokraten in die nationalistische Kriegshetze im 1.Weltkrieg, indem sie im Parlament Kriegskredite bewilligte. Diese Spaltung der Linken fand auch am 1. Mai ihren Ausdruck. In die Geschichtsbücher eingegangen ist insbesondere der „Berliner Blutmai" 1929. Die reformistischen Kräfte der SPD hegten die begründete Befürchtung, daß ihnen die revolutionäre Linke in Form der KPD den Rang ablaufen könnte. Der preußische SPD-Innenminister verbot die geplante Mai Kundgebung der KommunistInnen. Daraufhin legten 200.000 ArbeiterInnen die Arbeit nieder und folgten dem Demonstrationsaufrufen der KPD. Der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin Zörgiebel ließ auf die demonstrierenden ArbeiterInnen schießen. 31 von ihnen wurden getötet. Der nachfolgende bewaffnete Aufstand wurde nach mehreren Tagen blutig niedergeschlagen.

Kampf gegen Faschismus

Die darauffolgenden Jahre und damit auch der 1. Mai waren geprägt von dem Ringen um eine Einheitsfront gegen den Faschismus. Als die Nazis nach ihrem Machtantritt 1933 den 1. Mai zum „Tag der nationalen Arbeit" machten, versuchten sie die Mobilisierungkraft dieses Datums für sich zu nutzen und dem Kampftag der revolutionären Arbeiterbewegung ein Ende zu bereiten. Unterstützt wurden die Faschisten dabei von den Kapitalistenverbänden.

Auch der ADGB (Gewerkschaft) versuchte mit den Faschisten zu

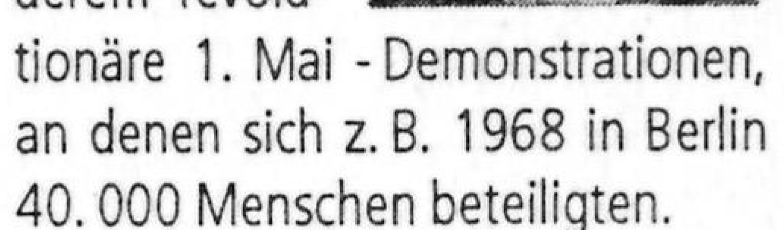


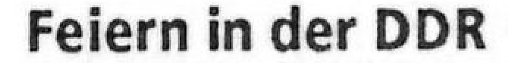
Oben: Berlin 1929: Nach dem polizeilichen Angriff auf die alljährliche Demonstration zum 1. Mai bricht ein Aufstand los. Barrikaden werden gebaut und Polizisten aus dem Hinterhalt angegriffen.

Unten: Mobilmachung gegen den 1. Weltkrieg, Antikriegs-Demonstration am 1. Mai 1919 in Zürich.

Geschichte des 1. Mai









1. Mai 1989 Berlin-Kreuzberg: Anrückende Polizei wird angegriffen und Barrikaden werden errichtet.

paktieren, indem er über seine Zeitung verbreiten ließ, es sei „als eine Sinnerfüllung des alten Mai-Gedankens zu betrachten, wenn am ersten Mai dieses Jahres (1933) an die Stelle des traditionellen Bekenntnisses zur internationalen Solidarität der Arbeiterklasse das Solidaritätsbekenntnis der Nation zu ihrem Arbeiter tritt". Doch auch die Gewerkschaften wurden verboten und ihre Funktionäre in Konzentrationslager verschleppt.
Obwohl der Widerstand der ArbeiterInnen und der KPD groß war, konnte er letztendlich die Zerschlagung der revolutionären ArbeiterInnerbewegung nicht verhindern.

Befriedung in der BRD
In der BRD blieb der 1. Mai nach 1945 „Tag der Arbeit" und wurde zum propagandistischen Höhepunkt von Sozialpartnerschaft und Wiederaufbau. Die Gewerkschaften knüpften nicht wieder an die revolutionären Inhalte des 1. Mai an. Ihre Forderungen stellten den Kapitalismus nicht mehr in Frage, sondern sie versöhnten sich mit ihm. Durch die Einbeziehung der ArbeiterInnen in ein nationales Wohlstandskonzept, welches vorgeblich um das Wohl aller bemüht war, letztendlich aber nur dem Zweck diente, die Klassengegensätze zu verschleiern, waren die ArbeiterInnen befriedet worden.
Erst Ende der sechziger Jahre entwickelte sich im Rahmen der „68er-Bewegung" wieder eine starke systemoppositionelle Linke. Diese setzte sich zum Ziel, die Kontinuität des Faschismus in Staat und Gesellschaft zu durchbrechen. Ausdruck ihres Kampfes waren unter anderem revolutionäre 1. Mai - Demonstrationen, an denen sich z. B. 1968 in Berlin 40. 000 Menschen beteiligten.

Feiern in der DDR
In der DDR, in der der Sozialismus zur Gesellschaftsform erklärt worden war, erhielt der erste Mai selbstverständlich einen anderen Charakter. Er wurde zum sozialistischen Staatsfeiertag, diente der Selbstbestätigung und war eine Pflichtveranstaltung für die Massen.
Entscheidender als die an diesem Tag zum Ausdruck gebrachten offiziellen Verlautbarungen war aber die Tatsache, daß sich damit ein System artikulierte, daß zumindest in bezug auf seine sozialen Rechte und Sicherheiten, bis zuletzt für den Kapitalismus eine Bedrohung und Einschränkung seines Handlungsspielraums darstellte.
In beiden deutschen Staaten wurde der 1. Mai jedoch vorrangig zum systembestätigenden Ritual ohne Ausstrahlungskraft, der aber als Kampftag für soziale Rechte im allgemeinen Bewußtsein verankert blieb.

Der autonome 1. Mai
So wurde in der BRD 1987 eine beträchtliche öffentliche Aufmerksamkeit erzielt, als sich in Berlin-Kreuzberg erstmals wieder eine 1. Mai-Feier spontan und nicht in den vorgegebenen Bahnen abspielte: Es kam zu stundenlangen Straßenkämpfen mit der Polizei, an der sich nicht nur autonome Gruppen, sondern auch viele KiezbewohnerInnen, vor allem ImmigrantInnen, beteiligten. Es kam zu Plünderungen und Barrikadenbau; einige Stunden lang waren Teile Kreuzbergs durch die Polizei, die massiv angegriffen wurde, nicht kontrollierbar.
Damit wurde ein grelles Licht geworfen auf die miserable soziale Lage vieler KreuzbergerInnen. Gleichzeitig wurde ein gesellschaftliches Signal gesetzt durch die „Anti-Berliner" (so bezeichnete Bürgermeister Diepgen die Protestierenden), da genau in diesem Jahr der Senat seine prunkvollen „750 Jahre Berlin" Feiern ausrichten ließ.
In Bezug darauf wird seit 1988 jährlich von der radikalen Linken in Berlin eine revolutionäre 1. Mai-Demo durchgeführt. Ohne auch nur annähernd an die geschichtliche Bedeutung anknüpfen zu können, bleibt sie doch dem ursprünglichen Anliegen verpflichtet: der Konfrontation mit den herrschenden Verhältnissen.
Sie ist über Berlin hinaus zu einem Anziehungspunkt für Menschen geworden, die an diesem Tag ihren Haß auf das System zum Ausdruck bringen wollen.

Kampf um soziale Rechte



Schülerinnen-Demo März '96 in Berlin-Wedding: 5000 SchülerInnen protestierten gegen die Kürzungen im Bildungswesen. Demonstrationen gegen Kürzungen im allen sozialen Bereichen prägen das tagespolitische Bild in ganz Europa

Widerstand wird organisiert

Die Erkämpfung sozialer Rechte als ursprüngliches Anliegen des 1. Mai hat aktuell an Bedeutung gewonnen. Seit 1995 brechen in Europa soziale Kämpfe los, die in ihrer Breite und Heftigkeit für die letzten Jahre beispiellos sind.

Für viele überraschend, prägen plötzlich Massenproteste gegen Werkschließungen, gegen Kürzungen im Bildungswesen und im Sozialbereich das tagespolitische Bild. Motiviert durch die heftigen Kämpfe in Frankreich, entwickelt sich auch in der BRD Widerstand. Unklar ist, ob dieser bei reinen Verteidigungskämpfen stehenbleibt und dann den reformistischen Charakter von Rückzugsgefechten annimmt.

Natürlich hängt die Entwicklung dieser Kämpfe auch davon ab, ob eine Linke existiert, die Perspektiven und Alternativen aufzeigen kann.

Reformisten wiegeln ab

Reformistische Kräfte wie SPD und DGB passen ihre Programme unter dem Eindruck der wirtschaftlichen Krise den veränderten Bedingungen an.

Für Kriegseinsätze der Bundeswehr liefern sie inzwischen die „humanitäre" Begründung, und sie verzichten auch auf weitergehende soziale Forderungen. Ihnen kommt lediglich noch die Aufgabe zu, durch „konstruktives" Mitwirken am Abbau des „Sozial"staates Unruhen wie etwa in Frankreich im Winter 95/96 zu verhindern und ein ruhiges Hinterland zu garantieren. Für Reformen, die diesen Namen verdienen würden, bleibt unter diesen Umständen nur sehr wenig Platz.

Verbesserungen müssen her-Der Staat muß weg!

Trotzdem ist es wichtig, Reformen und Zugeständnisse zu erkämpfen, da sie eine weitere Verschlechterung der Lebenssituation Vieler abmildern. Sie können aber nicht das hauptsächliche Ziel linken Widerstands sein, sondern nur auf dem Weg für die Erkämpfung einer radikal anderen Gesellschaft liegen.

Wie weit die aufflammenden Kämpfe den 1. Mai bestimmen werden, der ja immer auch Ausdruck der aktuellen Gesellschaftslage ist, muß sich noch entscheiden. In der Verantwortung einer revolutionären Linken liegt es, ihren Teil zu den entstehenden Auseinandersetzungen beizutragen.

Die soziale Frage in unserem Sinn beantworten!
Für die radikale Umverteilung von oben nach unten!





Hetzartikel in der BZ zu SchülerInnenprotesten im März '96: Widerstand wird als von „außen hereingetragen", also gar nicht richtig zu den sozialen Kämpfen dazugehörend, diffamiert. Alternativ wird militanter Widerstand verschwiegen. Bei den Massendemos des Berliner „Bündnisses gegen Sozialabbau" in den letzten Monaten wurden z.B. das Büro einer Wohnungsbaugesellschaft und Bonzenautos demoliert, ohne daß ein Großteil der Presse dies mit einem Wort erwähnte. Wenn breiter Protest und entschlossener Widerstand erfolgreich zusammenfallen, können Kämpfe zur Bedrohung für die herrschenden Zustände werden.



Links: Karl Liebknecht widersetzte sich am 1. Mai 1916 der nationalistischen Kriegshetze mit den Worten: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!"

Krieg dem Krieg

Untrennbar mit dem 1. Mai verbunden ist der Kampf gegen Kriegsgefahr, gegen den imperialistischen Krieg und gegen die Militarisierung der Gesellschaft. Dieses klassische Kampffeld der Linken ist treffend gekennzeichnet durch die historischen Worte Karl Liebknechts am 1. Mai 1916: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!". Damit wandte er sich gegen die nationalistische Kriegshetze, an der sich auch die SPD beteiligte. Diese schloß einen „Burgfrieden" mit dem am Krieg profitierenden Kapital. Liebknecht forderte dazu auf, den Krieg zu beenden und stattdessen das System anzugreifen, welches Europa mit Hunger und Krieg überzogen hatte. Ein Standpunkt, dem sich seitdem Antimilitaristen verpflichtet fühlten, deren Kampf zwangsläufig immer aktuell blieb angesichts von zwei Weltkriege und der anschließenden ununterbrochenen Folge von Regionalkonflikten.

Die Friedensbewegung löst sich auf

Mit dem Zusammenbruch der Ostblockstaaten verlor der „Ost-West-Konflikt" an Bedeutung und führte nicht mehr zu dem Gefühl eigener Bedrohung, das in Europa die Masse der Kriegsgegnern mobilisiert hatte. Seitdem ist der imperialistische Normalzustand eingekehrt. Zur Absicherung ökonomischer Interessen der BRD wird verstärkt auch direkt die Bundeswehr im Ausland eingesetzt. Dort soll sie für „die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und den umfassenden Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt" sorgen (aus: aktuelle „Verteidigungspolitische Richtlinien" des Kriegsministeriums).

Deutschland marschiert

Seit 1989 befindet sich Deutschland mit Vehemenz auf diesem Weg zur Weltmacht. Durch die Softversion der „Humanitären Einsätze" verschaffte es sich den Freiraum für den Kampfeinsatz im ehemaligen Jugoslawien, nachdem der Ausbruch dieses Krieges vorrangig von der deutschen Aussenpolitik forciert wurde. Deutschland ist Kriegspartei und jeder und jede weiß es. Der Kriegseintritt knüpfte so nahtlos und unmerklich an die zuvor praktizierte Politik an und machte keine Veränderung im nationalistischen Alltag der BRD-Gesellschaft nötig, so daß nicht einmal ansatzweise öffentlicher Protest sichtbar wurde. Auch die damit einhergehende Militarisierung der Innenpolitik schlägt noch keine Wellen.

General Schönbohm bläst zum Angriff

Zwar ist allgemein bekannt, daß inzwischen in Berlin ein ehemaliger General und damit ein Fachmann für Krieg die Verantwortung für die Innere Sicherheit übernommen hat. Doch Innensenator Schönbohm gibt sich rational-zurückhaltend: eben diese kalkulierende Rationalität, die einen General in der Logik des Krieges erst zum Sieger macht, wird jetzt als zivilpolitische Errungenschaft angepriesen -von „Berliner Zeitung" bis „Spiegel". Unter seiner Regie wird der Kurs gegen besetzte Häuser nochmals verschärft. Inzwischen gilt faktisch nicht einmal mehr die „Berliner Linie", nach der wenigstens langjährige Besetzungen geduldet wurden - diese Linie wurde aufgekündigt durch mehrere Räumungen im März dieses Jahres. Auf noch weniger öffentlichen Protest stieß die von Schönbohm verantwortete polizeiliche Stürmung zweier Berliner Zeitungsredaktionen und eines Büros der „Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär", um ein antimilitaristisches Plakat zu beschlagnahmen - bundesweit eingebettet in Vorstöße der Union, ein Sondergesetz zum „Ehrenschutz des deutschen Soldaten" einzuführen.

Deutsche Armeen in einer langen Tradition.

Ja,
Morden.

Morden im In- und Ausland ist für deutsche Soldaten nichts Ungewöhnliches. Erinnern wir uns: • Angriffskrieg gegen Frankreich 1871 • Deutschland beginnt einen Weltkrieg • Deutschland beginnt noch einen Weltkrieg • Somalia 1993/1994. Menschen zu töten gehört zur Tradition von (deutschen) Armeen.

Darauf sind wir stolz.

Wir sind immer noch da.

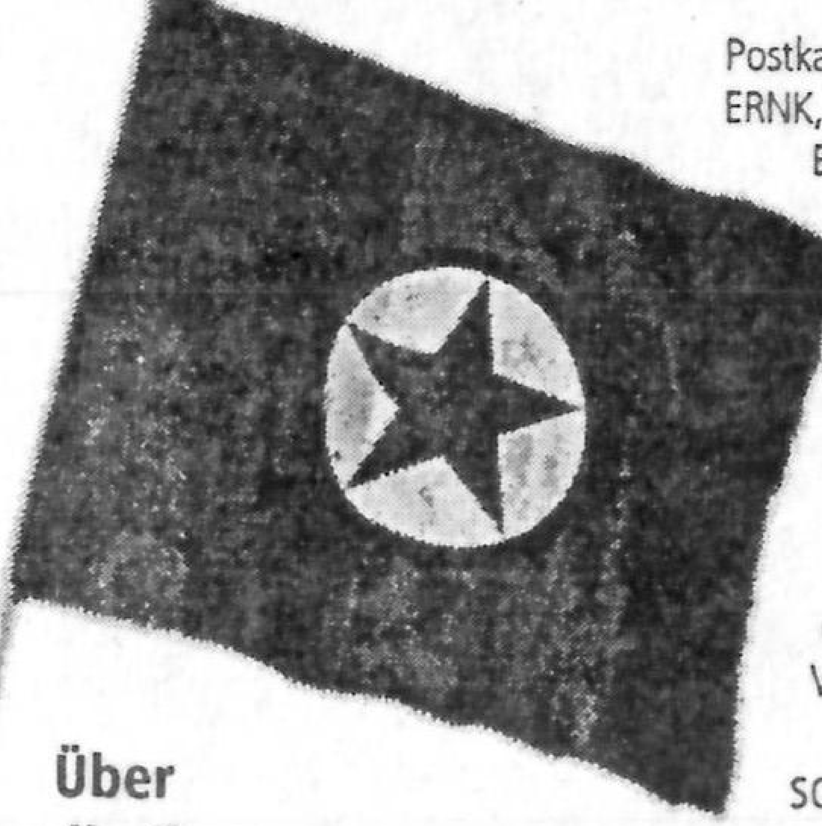
Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht: Kriegsdienste verweigern!

Dieses Plakat war im März '96 Anlaß für die polizeiliche Stürmung von Zeitungsgebäuden und eines Büros der „Kampagne gegen Wehrpflicht".

Kein Friede mit dem Imperialismus!

Gesellschaftliche Vorgänge wie diese bleiben noch so vergleichsweise harmlos, wie der Stand der Kriegsführung dies erlaubt. Die ersten erschossenenen deutschen Soldaten oder der Einsatz mit gesellschaftlich weniger akzeptierten Zielen wird aber zwangsläufig zu einer Polarisierung der Konflikte führen. Aufgabe der Radikalen Linken bleibt es, sich dieser Aufgabe zu stellen und schon jetzt das gesellschaftliche Besußtsein zu schärfen.

Gegen das Nato-Treffen in Berlin vorgehen! (3.-4. Juni)



Postkartengroße Fähnchen der ERNK, die den kurdischen Befreiungskampf symbolisieren und in der BRD verboten sind, sind der Anlaß dafür, daß die Polizei im vergangen Jahr mehrere Demos in Berlin zusammenknüppelte. In anderen europäischen Ländern unterhält die ERNK offiziell geduldete Vertretungen.



Berlin 1996: Trotz verschärfter Repression setzen KurdInnen in Kreuzberg ihre Feier zum kurdischen Neujahrsfest Newroz durch.

Über alle Grenzen

Von Anfang an hatte der 1. Mai internationalistischen Charakter. Er wurde als Kampftag von der internationalen Arbeiterassoziation ausgerufen. Es fanden Massendemonstrationen von mehreren Millionen ArbeiterInnen in den USA und Europa statt. Sie waren Ausdruck der Stärke der organisierten Arbeiterklasse und ein Beispiel für die Notwendigkeit grenzsprengender Politik.

Internationalismus, der sich seine Verbündeten jenseits von Ländergrenzen und Nationen sucht, ist ebenso Voraussetzung der radikalen Linken wie die Orientierung an einer weltweiten Perspektive. Eine Perspektive, die die Kämpfe gegen das weltweite kapitalistische Verwertungssystem, den Imperialismus, mit einbeziehen muß.

Die Bedeutung des kurdischen Befreiungskampfes

Daß Internationalismus aktuell kein von Wunschdenken geprägtes Lippenbekenntnis für Kämpfe in weiter Ferne darstellt, sondern Anforderung an die konkrete Politik der BRD-Linken sein muß: dies Faktum setzt der kurdische Befreiungskampf.

500.000 KurdInnen allein in der BRD sind eine gesellschaftlicher Faktor. Ihre Massenaktionen heben die Trennung auf zwischen einem Befreiungskampf fern der europäischen Metropolen und dem politischen Alltagsgeschäft in Deutschland. Die kurdische Arbeiterpartei PKK ist die derzeit bedeutendste sozialistische Organisation, die in der BRD tätig ist.

Zwar ist der Charakter der kurdischen Politik im bundesdeutschen Exil an bürgerlich-demokratischen Argumentationen orientiert, doch der Kampf der kurdischen Revolution in Kurdistan hat klar antiimperialistischen Charakter.

Nationalistische Hetze...

Der Krieg gegen Kurdistan und die Konsequenz des Widerstands in der BRD bestimmen hier das innergesellschaftliche Klima. Die Russen kommen nicht mehr, „Die Kurden kommen!" - mit reaktionären Sprüchen wie diesem wird nicht nur in Regionalzeitungen gehetzt. Der angebliche „Krieg der Ausländer" schweißt Herrscher und Beherrschte zusammen.

...und staatlicher Terror

Seit November 1993 wird die kurdische Bewegung in der BRD mit einem umfassenden Organisationsverbot angegriffen.

Die polizeilichen Maßnahmen zum kurdischen Neujahrsfest Newroz 1996 übertreffen alles, was seit der Fahndung nach sogenannten RAF-Sympathisanten Ende der siebziger Jahre und gegen KPD-Aktivitäten in den fünfziger Jahren geschehen ist.

Die humanitäre Maske fällt

Im Eiltempo werden dabei Grundsätze für erledigt erklärt, die bis vor kurzem als unverletztliche Rechtsgüter für die BRD herhalten mußten. Dies findet unter nationalistischen und offen rassistischen Vorzeichen statt. CSU-Landesgruppenchef Glos fordert bei Landfriedensbruch sofortige Ausweisung, da „Abschiebung wirksamer ist, als eine Strafe in Deutschland abzusitzen", im Klartext: Abschiebung nicht obwohl, sondern weil in der Türkei gefoltert wird. CSU-Generalsekretär Protzner fordert ein generelles Demonstrationsverbot für KurdInnen, will also das „Sippenhaft"-Prinzip wieder einführen.

Protest wird vom Tisch gefegt

Mit solchen Stimmen wird nicht nur ein rassistisches Klima geschaffen, in dem dann die tatsächlichen Gesetzesverschärfungen beinahe im nationalen Konsens durchgesetzt werden. Gleichzeitig werden durch die nationalistische Hintertür Rechtsgrundsätze vom Tisch gefegt, die den verbliebenen Spielraum für linke und linksradikale Politik sehr konkret einengen.

Solidarität ist eine Waffe

Die internationalistische Antwort der Linken kann es in der momentanen Situation nur sein, sich mit dem kurdischen Kampf zu solidarisieren und ihn offensiv zu verteidigen, um den nationalen Konsens aufzubrechen. Bescheidenste Ansätze der Solidarität werden in der Öffentlichkeit stigmatisiert. Umso notwendiger ist es, dem Terror gegen KurdInnen aktiv entgegenzutreten - nicht nur am 1. Mai.

Hoch die internationale Solidarität!
Weg mit dem Verbot der PKK!

Aufruf zum Antifablock am revolutionären 1. Mai '96 im Prenzlauer Berg

Es gibt kein Ende der Geschichte

Zeichen setzen!

In Zeitungsartikeln wurde 1995 bereits im Vorfeld der revolutionäre 1. Mai in Berlin für erledigt erklärt. Zur Überraschung der Öffentlichkeit prägte an diesem Tag dann doch die radikale Linke das Bild in den Medien. Völlig einseitig wurden dabei nur die militanten Auseinandersetzungen auf der Straße wahrgenommen und aufgebauscht. Erwähnt wurde dabei bestenfalls noch, daß sich auch Teile der BewohnerInnen im Prenzlauer Berg solidarisierten. Tendenziell wurden sämtliche Vorfälle als entpolitisierte letzte Zuckungen der ehemaligen Linken dargestellt. Doch auch dadurch konnte die deutliche Signalwirkung nur abgeschwächt werden, daß sich offensichtlich entgegen allen Vorhersagen noch Widerstand auf der Straße regt.

Die Kämpfe führen!

Genauso wie der 1. Mai wurde die Linke in ihrer Gesamtheit totgesagt. Dabei wurde und wird auf das gängige ideologische Konzept zurückgegriffen, das als „Ende der Geschichte" in die Diskussion eingegangen ist. Es soll nahelegen, daß nach dem Zusammenbruch der Ostblock-Staaten, spätestens seit 1989 keine Alternative mehr zum Gesellschaftssystem des Kapitalismus existiert. Damit soll sich der Kampf der Linken um eine grundsätzlich andere Gesellschaftsform historisch erledigt haben. Die grundlegenden Fragen der Menschheitsgeschichte werden für beantwortet erklärt.

Es gibt kein Ende der Geschichte!

Sicher ist aber, daß wir nichts Gutes zu erwarten haben von den übriggebliebenen Prinzipien dieses Jahrhunderts, die sich weitgehend durchgesetzt haben: die nationalistische Volkstümelei sowie das grenzübergreifende kapitalistische Verwertungssystem, der Imperialismus. Diese können weder das Endstadium der Geschichte darstellen noch irgendeine Frage in unserem Sinne beantworten. In diesen Zusammenhang stellen wir den diesjährigen 1. Mai unter das Motto „Es gibt kein Ende der Geschichte!". Wir verweisen auf die Notwendigkeit des Widerstands und fordern zum Weitermachen und Anfangen auf. Mit Geschichtsbezug wollen wir der Tendenz entgegentreten, den 1. Mai in Berlin als isoliertes, entpolitisiertes, sozusagen „zufälliges" Spektakel zu neutralisieren.
Die Ziele, für die der 1. Mai steht, haben offensichtlich noch immer Gültigkeit und Orientierungswert. Wenn es uns trotz all der Niederlagen noch immer um einen weltweiten emanzipatorischen Prozeß geht, dann ist ein gemeinsamer Kampf und internationale Solidarität eine Bedingung. Eine Bedingung für den Kommunismus, der alle Verhältnisse umwälzt, „in denen der Mensch ein geknechtetes, ein verlassenes, ein entäußertes, ein verächtliches Wesen ist." (Marx) Diesen Kampf gilt es zu führen!
Viele Linke haben die Waffe der Kritik nur noch gegen sich selbst und andere Kampfprozesse gerichtet. Selbstkritik allein schafft jedoch weder Imperialismus noch Patriarchat, weder Kapitalismus noch Rassismus ab.

Solidarität heißt Widerstand!

Es ist notwendig, den Widerstand zu organisieren, also ihm Dauer, Zielstrebigkeit und politische Schlagkraft zu verleihen. Wir müssen anfangen, neue Mobilisierungen gegen den permanenten imperialistischen Kriegszustand aufzubauen. Gegen sein blutiges Gesicht in Kurdistan genauso wie gegen die deutschen Zustände. Ohne selbst zu kämpfen, wird nichts passieren. Und das ist die Sache aller, die den Kapitalismus noch nicht als letzte Ewigkeit geschluckt haben. Die Sache aller, für die der revolutionäre 1. Mai noch eine Bedeutung hat. Heraus auf die Straße!

Kein Frieden mit dem Imperialismus!
Zusammen gehört uns die Zukunft!



Demo · Berlin · 13 Uhr
U-Bahnhof Rosa-Luxemburg-Platz

Antifaschistische Aktion Berlin · c/o Nachladen · Waldemarstraße 36 · 10999 Berlin
Telefon/Fax: 0 30/6 15 73 29 · Bürozeiten im Nachladen: Freitag 16-20 Uhr



GO TO PRENZLAUER BERG

(Antwort auf das Papier „go to Kreuzigerstreet" aus der Interim Nr. 370)

1. Die Überschrift „go to Kreuzigerstreet" soll wohl eine Anspielung auf Auseinandersetzungen mit Bullen in der Kreuzigerstraße in Friedrichshain sein, die ganz offensichtlich als dümmliche, nicht zielgerichtete „Massenmilitanz" dargestellt wird. Wir finden es arrogant, vor allem den Leuten gegenüber,die bei der Verteidigung des Abenteuerspielplatzes oder beim Angriff der Bullen auf die Kneipe „Pilatus" teil- weise schwer verletzt worden sind. Die Leute sind für ihren konsequenten Widerstand ver prügelt worden, dies ist ein Engagement, wie es uns vom Prenzlauer Berg nicht bekannt ist.

2. Zum „Militanzfetisch" wollen wir eigentlich nichts sagen, da wir davon ausgehen, daß die „Gruppen und Einzelpersonen aus dem Prenzlauer Berg" uns wie in der Vergangenheit Praxisbeispiele schuldig bleiben.

3. Die spontanen Auseinandersetzung bei der Walpurgisnacht (30. April 95) zeigen deutlich, daß es im Prenzlauer Berg genügend Leute gibt, die sich offensiv gegen den Staat auflehnen.

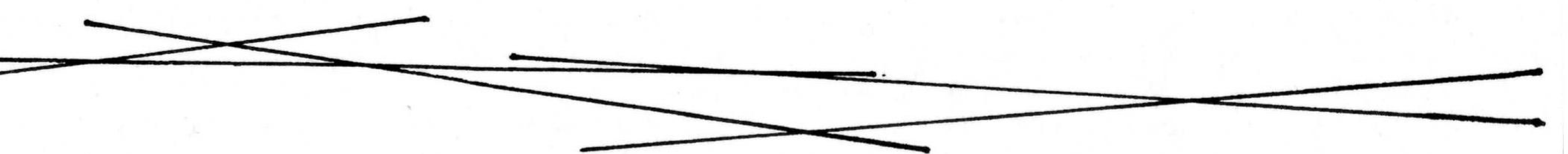
4. Bereits bei der Staßenfestvorbereitung (Humannplatz) im vergangenem Jahr wurde von der Vorbereitung ein Ordnerdienst diskutiert, der „Maifestspieler und Chaoten" vom Platz verweisen sollte. Erst nach massiver Intervention wurden diese Pläne zurückgezogen.

5. Der im Prenzlauer Berg vorhandene dicke Filz aus linksliberalen Initiativen und Ostalternativfetischen macht (bis auf wenige Ausnahmen) ein Agieren für Linksradikale unmöglich. Die „unspektakuläre, aber kontinuierliche Arbeit" zeigt sich in diesem Jahr wieder ganz deutlich am Bündnis für einen friedlichen Ablauf des Walpurgisnacht festes. Hier haben obenbeschriebene Zusammenhänge mit den Bullen ein Kon zept ausgearbeitet, das den Aufenthalt von über 100 Zivilbullen bei den ge nehmigten Walpurgisnachtfeuerstellen vorsieht.

Wir fordern:

- eine klare Stellungnahme der Humannplatzfestvorbereitung zum Charakter ihres Straßenfests
- eine klare Stellungnahme der Gruppen um den „Eine-Welt-Laden" Baobab, wie es zu dem „Konzept" für die Walpurgisnacht kommen konnte und welche Gruppen / Zuammenhänge sich daran beteiligen.

einige Massenmilitante



Zur revolutionären 1.Mai Demo und dem Straßenfest am Prenzlauer Berg

In der Interim Nr.37o erheben „Gruppen und Einzelpersonen aus dem Prenzlauer Berg" den Vorwurf, bezüglich den Demo-Vorbereitungen ignoriert worden zu sein. Dies ist uns unverständlich. Wir waren bereits zweimal als Demovorbereitungsgruppe auf den Treffen der Festvorbereitung. Dabei haben wir das Konzept der Demonstration und die eventuelle Route durch den Prenzlberg vorgestellt. Es kam zur Absprache, daß die Demo nicht am Fest endet, sondern in der Nähe, damit für die Bullen kein Anlaß geliefert wird, das Fest anzugreifen. Außerdem geht die Demo möglichst früh los, damit keine Konkurrenzsituation zum Fest entsteht. Es wurde der Vorschlag geäußert, sich in der Vorbereitung positiv aufeinander zu beziehen. Zur ersten Demo-VV waren außerdem Leute aus der Festvorbereitung da. Insofern ist uns unklar, wer jetzt mit welcher Absicht die Vorwürfe erhoben hat. Diese Woche werden wir nochmal zur Festvorbereitung gehen, um eventuelle Unstimmigkeiten zu klären.

Bündnisgruppen Revolutionärer 1.Mai Rosa-Luxemburg-Platz 13 Uhr

Stellungnahme von FARA zur 1. Mai-Demo

1996 endlich wieder eine breit vorbereitete 1. Mai-Demo?!
Die Idee fanden wir toll, denn der 1.Mai ist für uns ein Tag, an dem die verschiedenen revolutionären Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen ihren gemeinsamen Kampf für eine revolutionäre Veränderung der HERRschenden Verhältnisse und ihre Sehnsucht nach einer befreiten Gesellschaft auf die Straße bringen. Auch die Idee des Blockkonzepts finden und fanden wir gut. Jede Gruppe hat dadurch die Möglichkeit, sich mit ähnlich ausgerichteten Gruppen zusammenzuschließen und ihre Herangehensweise und Schwerpunkte zu propagieren. Wir dachten, daß es dadurch möglich sein könnte, die vorhandenen Differenzen nebeneinander stehen und Abgrenzungen nicht so zentral werden zu lassen.
(Hierbei ist es uns wichtig, auf die Besonderheit des 1.Mai hinzuweisen. Es ist im allgemeinen völlig legitim und richtig, sich BündnispartnerInnen genau auszuwählen und inhaltlich Prioritäten zu setzen. Bei der revolutionären 1. Mai-Demo ist allerdings traditionell der zentrale Inhalt das Zusammenkommen und -kämpfen von organisierten und unorganisierten Frauen und Männern.)
Für eine so ausgerichtete Demo wollten wir einen FrauenLesbenblock organisieren und damit feministische Inhalte und eigenständige FrauenLesbenorganisierung propagieren. Leider ist unser Aufruf für diesen Block auf wenig Resonanz gestoßen.

Mittlerweile ist klar, daß es zwei Demos geben wird, die beide von Bündnissen getragen werden. Wobei gesagt werden muß, daß das Bündnis, das zum Rosa-Luxemburg-Platz aufruft, maßgeblich weiß/deutsch ist.
Wir hoffen, daß es wenigstens gelingt, sich auf einen gemeinsamen Abschlußort zu einigen.

Nach langen Diskussionen haben wir uns entschieden, uns nicht weiter an der Vorbereitung der Demo ab Rosa-Luxemburg-Platz zu beteiligen. Einerseits, weil seitens der Rosa-Luxemburg-Platz-Fraktion in einer Weise (Macht-)Politik betrieben worden, die unserem Verständnis von politischer Arbeit und solidarischem Umgang miteinander massiv zuwiderläuft. Der andere Grund ist, daß unser Ansatz feministisch, internationalistisch und antirassistisch ist. Daher können und wollen wir eine Demo, die auf der faktischen Ausgrenzung von MigrantInnen basiert, nicht mittragen und auch keinen FrauenLesbenblock dafür organisieren.
Wir arbeiten jetzt als Gruppe im O-Platz-Bündnis mit.
Weil wir unsere Position gern zur Diskussion stellen wollen, laden wir alle interessierten FrauenLesben (Gruppen) zu einer VV am Mittwoch, den 24.4.96 um 20 Uhr in den Mehringhof ein. Dort können wir auch überlegen, ob wir gemeinsam zum O-Platz gehen.

Oberflächlich mag es so aussehen und auch auf den Vorbereitungstreffen wurde oft so geredet, als wäre es zu dieser Spaltung nur gekommen, weil sich nicht auf einen gemeinsamen Ort geeinigt werden konnte.
Darum geht es nur am Rande - worum geht es eigentlich?
Wir sehen den Grund für die Spaltung darin, daß einige wenige Gruppen keinen Neuanfang mit den RK's versuchen wollen und andere, wie die Antifaschistischen Aktion Berlin (AAB) und andere Antifagruppen, das so mittragen. Diese Gruppen setzen unserer Meinung nach die Prioritäten der Zusammenarbeit falsch. Auch die Gründe, die für einen neuen Anfangsort angeführt werden, finden wir nicht überzeugend genug, um dafür das Mobilisierungspotential und den erkämpften Ort O-Platz aufzugeben.
Besonders von MigrantInnen ist im Zuge der Vorbereitung immer wieder darauf hingewiesen worden, daß die 1. Mai-Demonstrationen einen internationalistischen Charakter hatten und daß sich an ihnen mehr oder weniger spontan viele kurdische, türkische und andere Jugendliche und auch ältere Menschen beteiligt haben. Es wurde auch gesagt, daß die meisten von ihnen aus verschiedensten Gründen nicht zum Rosa-Luxemburg-Platz kommen werden. Diesen und anderen Argumenten und Bedürfnissen von Nicht-Deutschen wurde mit Ignoranz begegnet.
Trotz der häufig geäußerten Kritik daran, daß MigrantInnen nicht angemessen zur Vorbereitung eingeladen wurden, da ausschließlich auf Deutsch und hauptsächlich über die Interim mobilisiert wurde, wurde von denen, die ab R-L-Pl. laufen wollen, immer wieder auf eine Abstimmung über den Auftaktort gedrängt. Wir haben uns dem entgegengestellt, weil wir erstens prinzipiell gegen das Durchdrücken von Positionen mittels Abstimmung sind und weil hier zweitens weiße Deutsche ihre zahlenmäßige Überlegenheit gegen die formulierten Interessen von MigrantInnen ausgenutzt haben. In diesem Verhalten sehen wir ein gnadenloses Reproduzieren der herrschenden Dominanzkultur.

Wir und andere haben uns bemüht, Kompromißvorschläge einzubringen. Das Treffen am 22.3.96 ging damit auseinander, daß diese verschiedenen Vorschläge von den Gruppen geprüft und am 29.3.96 darüber entschieden werden sollte. Die R-L-Pl.-Gruppen haben sich daran nicht gehalten und stattdessen Fakten gesetzt, indem sie bereits am 27.3.96 auf der Sozialabbau-Demo für 13 Uhr R.L-Pl. mobilisiert haben.
Eine Abgrenzungs- und Aufspaltungspolitik, wie sie hier betrieben wurde, führt nur dazu, daß wir uns politisch noch mehr schwächen und im konkreten Fall dazu, daß die Bullen ein leichteres Spiel haben. Wenn wir uns vor Augen führen, daß gerade MigrantInnen in diesem System allgemein und auf Demos besonders angegriffen werden, ist schon jetzt vorauszusehen, wozu es am 1.Mai wegen dieser Spaltung kommen wird.

Es wurde oft angeführt, daß die RK's die Spaltung verursacht hätten, weil sie schon im Februar zum O-Platz

aufgerufen haben. "Vergessen" wird dabei, daß sie bereits im vergangenen Jahr angekündigt hatten, auch 1996 vom O-Platz loszugehen. In Gesprächen zwischen ihnen und AAB haben sie dies im Januar bestätigt. Der Vorschlag Rosa-Luxemburg-Platz wurde daraufhin von AAB eingebracht. In deren Einladung vom 19.1.96 für eine Antifablockvorbereitung steht offen, daß die Idee nicht vom O-Platz loszugehen ihren Ursprung darin hat, daß sie "kein Bündnis mit der RIM[1] machen" wollen. Weiterhin ist dort zu lesen, daß sie "das Risiko geringer (finden), daß 500 bis 1000 Leute weniger zu Demo kommen könnten, als die Gefahr, uns in endlosen Streitigkeiten mit bzw. über die RIM aufzureiben." Daß es sich bei den 500-1000 Leuten, auf die sie verzichten glauben zu können, augenscheinlich um Nicht-Deutsche handelt, wird übergangen.

Selbstkritisch müssen wir sagen, daß wir das opportunistische Verhalten der AAB anfangs mitgetragen haben, auch wenn wir unsere Position auf dem Antifa-Vorbereitungstreffen geäußert haben. Das lag großteils daran, daß auch wir die Befürchtung hatten, daß es wieder zu Prügeleien auf der Demo kommen könnte und dies verhindern wollten. An diesem Punkt hat es bei uns an Genauigkeit gefehlt. Denn ein Bruch mit den gewalttätigen Auseinandersetzungen kann nicht um den Preis der einseitigen Ausgrenzung erkauft werden. Wir wissen, daß sich in der Vergangenheit nicht nur die maoistischen Gruppen Scheiße verhalten haben und daß die Eskalationen hauptsächlich durch Ausgrenzung und Zensurversuche im Vorfeld entstanden sind.
Bei der diesjährigen Ausgrenzung der RK's geht es nicht um schlechte praktische Erfahrungen, sondern hauptsächlich um ideologische Differenzen. Dies zeigt sich auch daran, daß fast alle, die nicht mit den RK zusammenarbeiten wollen, keinerlei praktische Erfahrungen mit ihnen haben. Viele der an der Vorbereitung beteiligten Frauen und Männer, die die Auseinandersetzungen damals miterlebt haben, sind aufgrund des konstruktiven Verhaltens der RK's etc. in diesem Jahr für einen neuen Versuch. Die Behauptungen im Aufruf für Rosa-Luxemburg-Platz (Interim 370), die RK würden "selbstverständlich eine dominante Rolle in der Vorbereitung für sich einfordern", und es würde zu "wenig konstruktiven Auseinandersetzungen ... um Demomotto, Aufrut etc." kommen, sind pure Unterstellung. Wir haben das Verhalten der RK dieses Jahr (bisher) anders erlebt - konstruktiv eben. Uns erinnert dieses ganze Gehabe auch stark an blöde Gockelkämpfe, wo die eine Seite der anderen Dominanzbestrebungen vorwirft, weil sie selber gern die Fäden in der Hand behalten will. Daß viele der Gruppen, die massiv Ausgrenzungspolitik betreiben und dies mit teilweise unlauteren Mitteln, sich als "anti-autoritär" begreifen, spricht nicht gerade für deren fundierte Analyse von Machtverhältnissen. Hinzu kommt seitens ebendieser Gruppen eine undifferenzierte Wahrnehmung von kommunistischen Gruppen als autoritär und hierarchisch. Damit wird Antikommunismus geschürt. Diejenigen, die sich dem nicht entgegenstellen, leisten diesem Antikommunismus gewollt oder ungewollt Vorschub.

Uns geht es darum, daß alle revolutionären Gruppen ihre Positionen und Herangehensweisen propagieren können. Wir finden, daß die massive Distanzierung und Abgrenzung seitens einiger Gruppen in Anbetracht der Verhältnisse, unter denen wir leben müssen, und der Umstände, unter denen wir zu kämpfen gezwungen sind, eine Verschiebung des Feindbildes und eine falsche Gewichtung von Widersprüchen ist. Hier wird wohl vergessen, daß wir nicht in einer revolutionären Situation sind und daß es gerade absolut nicht darum geht, wer morgen über die Geschicke der Welt bestimmt. Eventuell wäre dann eine andere Gewichtung von Nöten, zur Zeit ist sie es sicher nicht.

Die von der Vorbereitung praktizierte Arbeitsweise hat wenig mit unserem Verständnis von politischer Arbeit und gemeinsamem Kampf zu tun. Gerade weil das System, gegen das wir kämpfen, auf Konkurrenz und Aufspaltung basiert, finden wir es umso wichtiger, eine solidarische Arbeits- und Streitkultur zu entwickeln. Für uns ist es ebenso unmöglich, daß einzelne Gruppen willkürlich festlegen, daß andere (diesmal die RK's etc.) nicht an der Vorbereitung teilnehmen können, wie wir es fatal finden, wenn ohne Absprache Protokolle mit einseitigen Positionen (wie das von AAB in der Interim veröffentlichte vom 1.3.96) geschrieben werden. Weitere Beispiele ersparen wir Euch und uns hier. Wir fordern die dafür verantwortlichen Gruppen nochmals zu einer Selbstkritik auf.

Zusammengefaßt denken wir, daß diese Art Politik zu machen und die erneute Ausgrenzung gemeinsame Aktionen der revolutionären Kräfte weiterhin verunmöglicht und daß dies eine Schwächung bedeutet. (Öffentlichkeit, Bullen etc.) Schlußendlich soll dieses Jahr eine, wenn auch diskussionswürdige, so aber doch hart erkämpfte Tradition (13.00 O-Platz) aufgegeben werden. Damit wird aber nichtsdestotrotz an der destruktiven Tradition der Ab- und Ausgrenzung, die auch zu körperlichen Auseinandersetzungen geführt hat und wieder führen kann, festgehalten. Ereicht ist damit gar nichts.

Um zusammen arbeiten und kämpfen zu können, müssen wir lernen Unterschiede anzuerkennen und zu diskutieren, anstatt ideologische und organisatorische Differenzen als Grund für Entsolidarisierung zu sehen.
Daher rufen und fordern wir alle beteiligen Frauen und Männer auf, die weitere(n) Vorbereitung(en) solidarisch und konstruktiv zu gestalten!

ZUSAMMEN KÄMPFEN GEGEN AUSBEUTUNG UND UNTERDRÜCKUNG!
OHNE REVOLUTION KEINE BEFREIUNG!

5.4.1996, FARA (organisiert in der AA/BO)

Frauen/Lesben, kommt zur VV
am Mi., 24.4. um 20 Uhr im Mehringhof
(Gneisenau 2a)

---

[1] Leider hält dieses Kürzel allen Aufklärungsversuchen stand, obwohl oft darauf hingewiesen wird, daß die RIM ein internationaler Zusammenschluß eigenständiger Gruppen ist. In Berlin gibt es die Revolutionären Kommunisten und die TKP/ML (MZ), die in der RIM organisiert sind.



April 95

Alte Feuerwache, Wiesenstr. 11



Kopf hoch! Laßt den Geiern nicht das Land... (Wuppertaler Volxslied 1984)

Die Unterdrückung hat zugenommen
Der Kampf dagegen
gilt als veraltet
(Bert Brecht 1934)

Es gibt auch heute noch Gründe genug auf die Barrikaden zu gehen. Wer mit offenen Augen durch Wuppertal geht, wer ein wenig Zeitung liest und nicht nur die Lindenstraße guckt, dem ist klar: Die Gründe für radikalen Widerstand sind nicht weniger geworden.
Barrikadenbau, Kampf auf der Straße, war zu allen Zeiten die Antwort der Beherrschten auf ungerechte und elende Lebensbedingungen; es wechseln nur die KämpferInnen und das Barrikadenmaterial. Kampf auf der Straße ist auch heute nicht ersetzbar durch Parlamente, Eigentumswohnungen, und das Internet...

1o Jahre autonomer 1. Mai ist der Versuch die alltäglichen Ausbeutungsverhältnisse in die politischen Praxis einzubeziehen. Wir wollen eine Politik entwickeln, die - nicht nur - am 1. Mai die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen zum Thema macht. In Flugblättern und praktischen Initiativen , vom Solidaritätskomittee für die Stahlarbeiter in Rheinhausen bis zu Veranstaltungen zu den Entlassungen bei Happich, haben wir uns mit unterschiedlichem Erfolg auf die sozialen Kämpfe bezogen.

Der 1. Mai war aber auch immer von den aktuellen Kämpfen in diesen Zeiten geprägt. Wir haben gegen die Volkszählung gestritten, das Atomprogramm bekämpft und immer wieder Front gemacht gegen die Änderung des Asylrechts, gegen Abschiebungen und gegen Nazibanden.

Die andere wichtige Tradition , auf die wir uns beziehen, ist der 1. Mai als internationaler Kamptag, an dem weltweit Menschen gegen Herrschaft und Ausbeutung auf die Straßen gehen.. Im Bewußtsein, das von deutschem Boden nicht nur Waffenlieferungen und Gelder für Völkermord ausgehen, sondern auch wieder deutsche Soldaten ausziehen., haben wir als BewohnerInnen des neuen Großdeutschlands eine besondere Verantwortung gegenüber den Menschen im ehemaligen Ostblock und in der "Dritten Welt" Gerade in diesen Tagen, wo deutschen Panzer durch Kurdistan rollen und KurdInnen in der BRD zum Freiwild für prügelnde Bullenarmeen werden, ist die radikale Linke gefragt, ob sie die offensichtlichen Menschenrechtsverletzungen und Demütigungen der kurdischen Menschen in der BRD zuläßt und oder ob es uns gelingt, nach unseren Kräften Solidarität zu organisieren.

1996 kommt die soziale Frage zu uns, ob wir sie in Flugblättern oder Aktionen einbeziehen oder nicht. Auch um uns herum tut sich wenig. In der BRD ist kein nenneswerter Protest gegen die Sozialstaatsdemontage zu erkennen. Auf die Barrikaden zu gehen, liegt wahrlich nicht in der deutschen Volxseele, obwohl die Vorstöße der Herrschenden ungeheuerlich sind und der Horrorkatalog der Sozialkürzungen dieses Land tiefgreifend verändern wird. Die "Bündnisse für Arbeit" der Kapitalisten mit den gelben DGB - Gewerkschaften werden Stück für Stück die erkämpften sozialen Errungenschaften wie Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, einheitliche Tarifverträge abschaffen. Immer flexibler und entgarantierter sollen die Arbeitsplätze sein. Parallel dazu werden die Bezüge der Arbeitslosen und SozialhilfeempfängerInnen massiv gekürzt., eingebettet in eine üble Kampagne gegen "Schwarzarbeiter" und "Sozialschmarotzer". Die über 6 Millionen Menschen, die ohne Arbeitsplatz sind werden in aller Öffentlichkeit von den Politikern diffamiert. Wer nicht arbeitet , ist nichts mehr wert, ist selber schuld, das glauben die Menschen schon selber und nehmen z.B ihr Recht auf Sozialhilfe nicht wahr. Die Scham und Angst vor Demütigung auf den deutschen Amtsstuben tun ihr übriges.
Diesen Aspekt wollen wir am 1. Mai aufgreifen. Die Namen der SachbearbeiterInnen, die Sozialhilfeempfänger und Arbeitslose gängeln, demütigen und ihrer Rechte berauben, sollen öffentlich werden. Mit einer Umfrage wollen wir uns kundig machen, welcher "Sachbearbeiter" besonders unverschämt wird. Mit Öffentlichkeit und Aktionen können wir, ähnlich wie bei den Kampagnen gegen das Ausländeramt die Akteure zumindest zur Vorsicht zwingen. Schließlich haben Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen mit ihrer Situation schon genug Probleme, Unverschämtheiten von Sachbearbeitern müssen die Menschen nicht zusätzlich belasten.

Unser Traum von einem funktionierenden Netz autonomer Gruppen in Städten und Regionen ist noch nicht ausgeträumt. Wir brauchen wieder Gruppen, die als militante Tendenz in den Bewegungsresten von sich aus aktionsfähig sind, die mit den vielfältigen und wunderbaren Methoden der Subversivität Widersprüche forcieren und praktisch intervenieren können, "die das Handlungsarsenal der legalen Linken um die Möglichkeiten der Sabotage, der Bestrafung, der Gegenwehr, und der Eroberung von Lebensmöglichkeiten erweitern. Es geht uns nach wie vor um die Zersetzung des Fundamentes von Herrschaft, der Ohnmacht."
Es ist klar, daß wir für diese Widerstandsarbeit wieder viel mehr Menschen werden müssen.
Wir brauchen die "jungen", die aus guten Gründen wenig bis gar kein Rind mehr essen, die sich an neue Projekte und kollektive Lebensformen wagen, die viele von uns für sich selbst schon abgehakt haben. Und wir brauchen die "alten" GenossInnen . Ihr ÄrztInnen und Artisten, ihr KünstlerInnen und Küster, ihr Maurer und Matrosen, ihr HistorikerInnen und Ökodealer, ihr SozialarbeiterInnen und SchwarzarbeiterInnen , ihr LebenskünstlerInnen und LangzeitstudentInnen, ihr GesundheitsarbeiterInnen und GärtnerInnen, wir rufen euch auf, mischt euch wieder ein und bringt eure Erfahrungen aus euren Arbeitsfeldern produktiv ein.
Wir haben eine Zukunft zu gewinnen. Gegen Ohnmacht hilft nur Gegenmacht. Gegenmacht ist möglich und kann sogar erfolgreich sein. Das zeigt uns der Widerstandsgeist im Wendland ebenso wie die auch von uns mit erkämpfte Existenz der Hafenstraße in Hamburg. (Erinnert ihr euch?)
Auch säßen wir nicht im AZ, wenn nicht GenossInnen beherzt und mutig auf allen Ebenen gekämpft hätten, weder Flugblätter noch den Brandanschlag auf Daimler Benz gescheut hätten .
Gegenmacht war auch ein Stück unsere bösartige Kampagne gegen die Wuppertaler Republikaner (Grufties gegen rechts) oder die phantasievolle Agitation gegen den unsäglichen Staatsschutz und gegen Polizeipräsident Köhler. Tante Elfriede und Kommando Christo habt Dank. Die Schergen sind seitdem deutlich vorsichtiger geworden und einer verschwand sogar in den Landtag ...

Der Traum von Gegenstrukturen, die positive und erlebbare Beispiele für eine neue Gesellschaft ohne Ausbeutung, Chefs und sonstige Herren sein könnten, ist weiterhin in unseren Köpfen, auch wenn vieles gescheitert ist und uns manch mal ganz schön deprimiert...
Aber es gibt trotzalledem immer wieder Ansätze, sich selbstverwaltet, kollektiv und ohne staatliche Einmischung in allen Lebensbereichen zu organisieren. Dazu gehören bei allen

Schwierigkeiten

Beratungsstellen für MieterInnen und Arbeitslose , Autonome Zentren, Volxsküchen, Radios, Genossenschaften, Gesundheitsprojekte, freie Schulen, Kickbox- Basketballabteilungen, selbstverwaltete Betriebe, Kommunen, Bauwagensiedlungen und natürlich die beliebten Infoläden. "Uns gehört die Stadt", diese alte Parole aller sozialen Kämpfe gilt es wieder zu beleben, Gegenwehr und Aufbau neuer solidarischer Strukturen gehören zusammen.

Lassen wir uns nicht entmutigen. Für einen langen Atem in den nächsten 10 Jahren!
Besucht eure selbstverwalteten Strukturen, reiht euch in die selbstverwalten Sportprojekte ein und gewinnt beim Transbergischen Triathlon. Und vor allem:

Nicht betteln und bitten, sondern mutig gestritten. Für ein Leben ohne Ausbeutung, Chefs und sonstige Herren!!
Für ein Leben ohne Kohl und Kinkel!
Deutsche Panzer raus aus Kurdistan!
Wir grüßen die politischen Gefangenen und die GenossInnen im Exil!
Lebt und lest radikal!!!

Heraus zum 1.Mai

Der Fortsetzungsroman zu Neoliberalismus - 3. Teil

von ökonomischer Existenz gegen das ungewollte Vordringen kapitalistischer Geldwirtschaft verteidigt, ist die zapatistische eine Bewegung gegen die konkreten rassistischen Strukturen dieser Ökonomie in Mexiko.Diesen wichtigen Punkt würde eine Verkürzung der ZapatistInnen auf "antikapitalistisch/anti-neoliberal" unterschlagen.

Auch die **patriarchale Ausbeutung**, d.h. hier die Aneignung unbezahlter Frauenarbeit durch Männer, wird vom Neoliberalistischen Rahmen weder erfunden noch zwangsläufig verschärft. Hier müßte genau untersucht werden, welche Aktionen und Reaktionen von Frauen und Männern unter veränderten Rahmenbedingungen der 90er Jahre zu welchen neuen Kräfteverhältnissen führen. Zu berücksichtigen ist z.B. die oft von jungen, gesunden Männern getragene Migration in die USA, deren Rücküberweisungen (so diese MigrantInnen das tun) in harten US-$ aber keineswegs immer eine Verelendung der zurückgebliebenen Frauen und Kinder bedeuten müssen. In El Salvador sind diese privaten, also auf liberalisierte Geldtransfermöglichkeiten angewiesenen (!) Rücküberweisungen zum wichtigsten Devisenbringer im Land geworden. Die Regierung dort kalkuliert das offen ein, indem sie sich erst recht einen Dreck um Sozialsysteme etc kümmert, sie hat sogar ein Denkmal für "den Emigranten" aufstellen lassen.

Die Parole der EZLN "Gegen den Neoliberalismus" beschreibt also auch in Mexiko nicht im ökonomischen Sinne einen "Hauptgegner". Sie ziehlt offensichtlich als politische Parole auf ein großes Bündnis aller, die sich heute stärker kapitalistisch ausgebeutet fühlen, als vor Beginn der angeblichen "neoliberalen Regierungsprogramme". Als solche politische Parole ist sie in Hinblick auf die Situation in Mexiko kritisch zu würdigen, die Übnertragbarkeit auf Europa oder andere Weltteile ist äußerst fragwürdig.

4) Für die Analyse der Situation in der EU bzw. in Deutschland oder gar Berlin hilft das Stichwort Neoliberalismus praktisch nichts. Hilfreicher ist die Betrachtung der Kombination aus Regulierungen und Deregulierungen und der jeweils dahinterstehenden Interessen.

Das aktuellste, relativ harmlose Beispiel aus Deutschland für Deregulierungen ist der Versuch der Arbeitgeberverbände, aus den Flächentarifverträgen auszusteigen, um die Gewerkschaften zu schwächen. Der Warenverkehr innerhalb der EU ist allerdings bereits seit Jahrzehnten "liberalisiert", also bevor überhaupt jemand von Neoliberalismus redete. Gleichzeitig, wohlgemerkt, existiert in der EU mit dem Agrarsektor aus vielfältigen innen- wie außenpolitisch-strategischen Gründen der superregulierte Agrarmarkt. Die staatlichen Steuergeschenke und finanziellen Transfers von West- nach Ostdeutschland und danach zurück zu westdeutschen Firmen sind alles andere als "neoliberal". Oft wird auch nur auf nationaler Ebene dereguliert (z.B. Umweltnormen oder gentechnologische Hindernisse), um auf EU-Ebene neu zu regulieren, diesmal aber unter anderen Vorzeichen und mit dem Vorteil für die nationalen Eliten, daß ja jetzt "Brüssel" schuldig sei. Für die großen Konzerne bietet das EU-Binnenmarktprojekt z.B. die Möglichkeit, in vorher durch Kartellschutz-Gesetze verbotenem Ausmaß andere Firmen aufzukaufen (z.B. die Allianz im Versicherungssektor). Die angebliche Liberalisierung der Märkte ermöglicht also, vorher vor Monopolen geschützte nationale Märkte auf EU-Ebene durch fest abgesteckte Kartelle zu ersetzen - auch alles andere als "neoliberal".

Auch der **Vertrag von Maastricht** läßt ja gerade nicht die einzelnen nationalen Ökonomien in einem ruinösen Wettbewerb aufeinanderprallen, der Markt der einzelnen Währungen mit den damit verbundenen Steuerungs- und Gewinnmöglichkeiten wird abgeschafft. Bestimmte Branchen/Firmen verlieren dabei, andere gewinnen. Es handelt sich in der Form eines staatlichen (!) Vertragswerks um eine recht datailliert ausgearbeitete Strukturpolitik mit Ausrichtung auf die Konkurrenz zu den anderen Machtblöcken.

Diese Beispiele müssen hier genügen, um zu zeigen, daß es zwar weltweit um Herrschaft und Ausbeutung mit gleichen Strukturen geht, konkret aber immer historische, spezifische Verhältnisse bekämpft werden müssen.

5) Es gibt nur einen einzigen Teilbereich der weltwirtschaftlichen Entwicklungen, auf den das Schlagwort des vermeintlichen "weltweiten Sieges des neoliberalen Modells" zurecht hinweisen könnte: Die sogenannte "Globalisierung" zahireicher Märkte, insbesondere der Finanzmärkte. Damit führt es aber noch lange nicht zu "Namen und Adresse" eines neuen Hauptfeindes, sondern "nur" zu einem anderen, immer noch häßlichen Gesicht des modernen kapitalistischen Patriarchats

Zur Erinnerung ein wenig Geschichte

a) Der Beginn des "Weltmarktes"

Seit Entwicklung der entsprechenden Verkehrswege existierte ein Weltmarkt für spezifische "Waren" : z.B. Gewürze, Luxusgüter wie Gold und Kaffee etc., aber auch z.B. Arbeitskraft in Form

von SklavInnen-Handel. Die "Alte internationale Arbeitsteilung" der kolonialistischen und klassisch imperialistischen Zeit bestand in einer abhängigen Aufteilung der Welt nach Kriterien und Kräfteverhältnis einzelner Kernländer. Welthandel bedeutete bis in die 50er hinein v.a. den Handel von Rohstoffen aus den Kolonien zu "ihren" Kolonialländern, aus denen ein paar Fertigprodukte zurück, der Großteil aber mit anderen Industrieländern getauscht wurde.

b) Die sogenannte "Neue Internationale Arbeitsteilung" in den 60er und 70er Jahren

Sie war folgendermaßen gekennzeichnet: Der sich abzeichnende Aufstieg Japans zur heutigen Großmacht veränderte das Kräfteverhältnis in Asien, gleichfalls zerfiel die "Dritte Welt" in die Ölländer, die teilindustrialisierten "Schwellenländer". Durch die enorme Weiterentwicklung des Transportwesens entsteht ein Weltmarkt für Produktionsstandorte und im passiven Sinne (noch nicht durch aktive Migration) ein Weltmarkt für Arbeitskraft. In bestimmten Branchen können multinational handlungsfähige Konzerne Regierungen und ArbeiterInnen verschiedener Länder gegeneinander ausspielen, was bei einigen Linken zum neuen "Hauptwiderspruch" "Multi- oder Transnationale Konzerne" führt.

Dennoch löst der sich ausweitende Weltmarkt nicht das Problem, daß das sogenannte fordistische Akkumulationsmodell an seine Grenzen gestoßen ist, was (stark verkürzt dargestellt) so vor sich ging: Der Widerstand der Menschen in den Industrieländern, in der ehemals "Dritten Welt", unterstützt durch den "Erfolg" der Entwicklungsdiktaturen in der Sowjetunion und China sowie die permanente normalkapitalistische Konkurrenz stellen für alle einzelnen KapitalistInnen den permanenten Zwang zur Steigerung der Arbeitsproduktivität her, um konkurrenzfähig zu bleiben (Ökonomie-ExpertInnen können diesen Zusammenhang manchmal auch ohne den Widerstand der Ausgebeuteten ableiten).

Da aber im weltweiten Maßstab die Fähigkeit von KonsumentInnen, den z.B. produzierbaren Stahl auch zu kaufen, nicht in ebensolcher Steigerung wächst - das geht im Kapitalismus nicht wegen Mehrwert, Profitrate und so... - , wissen die FabrikbesitzerInnen nicht mehr so richtig, wohin mit ihrem Kapital. Sie dürfen es aber bei Strafe ihres Untergangs nicht einfach unterm Kopfkissen verstecken und 10 Jahre warten. Aber: *selbst* weitere im Prinzip überflüssige Stahlfabriken zu bauen und *selbst* das Risiko dafür zu tragen, ist zu gefährlich.

In diesem Moment kommt den KapitalbesitzerInnen entgegen, daß weltweit im Zuge der Entkolonisierung nationale Eliten in Nationalstaaten national orientierte Entwicklungsprogramme entwerfen, um ihre neue Herrschaft gegenüber der in zahlreichen Ländern rebellischen/revolutionären Bevölkerung zu legitimieren. Die vorherige Mischung aus kolonialer Auspressung, auf Teilbereiche bezogenem Vordringen kapitalistischer Geldwirtschaft, spezifischem Kräfteverhältinis zwischen Stadt und Land, Frauen- und Männerdominierten Wirtschaftssektoren wurde dabei nach Kriterien "modernisiert", die über den Weltmarkt vermittelt den Machtverhältnissen gegenüber den Zentren kapitalistischer Verwertung gehorchten. Wichtig ist, dies nicht als Ausbeutungsverhältnis zwischen "Ländern" oder "Völkern" zu begreifen (so ist die gesamte Statistik bürgerlicher Ökonomie aufgebaut). sondern sich die Klassen- und Geschlechterverhältnisse darin anzuschauen. Oft haben z.B. Frauen in dieser widersprüchlichen Entwicklung eine aktive Rolle gespielt und manchmal Strukturen erkämpft, die die Verschlechterung patriarchaler Machtverhältnisse bremsten. Nicht umsonst wurden so viele sogenannte "frauenspezifische" Programme in der internationalen (Unter-)"Entwicklungspolitik" entworfen, die darauf reagierten.

Der Streit um diese "nationalen Entwicklungsprogramme" beschränkt sich bis heute oft darauf, ob die sogenannten "exportorientierten" (meist in den "kleineren" Ländern) oder die "importsubstituierenden" (= teure Technologie-Importe ersetzende) Entwicklungsmodelle "besser" waren. Das ist zwar für entwicklungstheoretische Diskussionen interessant, hat aber nichts mit "links" oder "rechts" zu tun, wie die akademische Linke hier jahrelang glaubte, als sie sich um die sogenannte "Dependenztheorie" stritt. Einer deren führenden Vertreter ist heute Präsident in Brasilien und schickt Bullen gegen LandbesetzerInnen.

Für die Massen der Bevölkerungen der Länder war das "offizielle Modell" meist egal. Denn in der Realität pumpten die nationalen Eliten sich das Geld in der Metropole, deponierten einen guten Teil davon direkt wieder für sich in der Schweiz und kauften für den Rest irgenwelche meist zweitrangigen Industrien auf. Sie selber und die zum Teil darin enstehenden neuen Mittelklassen z.B. in Mexiko fuhren ganz gut damit (in Mexiko z.B. im VW-Käfer), konnten sie sich doch auf diese Art und Weise in den Lebensstandart der Mittel- und Oberschichten der Industrieländer einklinken. Ging mal was schief, waren ja nicht sie persönlich haftbar, sondern "ihre Länder" als Staatsschuldner.

Das Risiko und die Pflicht, sich für die Schulden kaputtzuarbeiten, blieb so (übrigens genauso in Osteuropa) an der Bevölkerungsmasse, deren Kinder und Kindeskinder usw. bis heute hängen.

c) die sogenannte Globalisierung der 80er und 90er Jahre

Sie beruht auf der Fortentwicklung der Herausbildung von Weltmärkten für weitere Produktionsfaktoren, insbesondere Kapital in Form von Finanzdiensten. Auf der Produktionsseite sind einige Konsumstandarts derart verbreitet, daß ein und das selbe Produkt (z.B. Computer, aber auch Markenartikel wie Adidas-Schuhe oder Schokoriegel) weltweit verkauft werden und damit in riesigen Stückzahlen hergestellt werden kann. Gleichzeitig haben sich aber derart viele Nationalstaaten Fabriken zur Herstellung dieser Produkte aufgebaut, daß das strukturelle Problem der Überkapazitäten aus den 70er Jahren sich auf höherer Ebene fortsetzt. Die so im weltweiten Rahmen - das ist neu - schärfer gewordene Konkurrenz läßt einige Industrien (z.B. Teile der Textilindustrie) in den Industrieländern zusammenbrechen, führt zur ökonomischen Pleite der nicht modernisierungsfähigen realsozialistischen Länder und zum Aufstieg einiger "Länder" der "Dritten Welt" wie Südkorea, Taiwan, einigen Sektoren Indiens, Chinas oder auch Chiles.

Weltweit gesehen bleibt es aber (auch nach Zusammenbruch des Ostblocks) relativ unrentabel, verdientes Geld ("akkumuliertes Kapital") in neuen Fabriken anzulegen. Einfacher ist es, anderen das Geld zu leihen und sie das Risiko tragen zu lassen, wie z.B. den USA unter Reagan mit ihrem gigantischen Verschuldungsprogramm für die Rüstungsindustrie. Gleichzeitig werden *bestehende*, profitabel erscheinende Bereiche und Fabriken aufgekauft und die unprofitablen Bereiche anschließend fallengelassen - das ist das Phänomen, daß Arbeitsplätze trotz hoher Investitionen nicht anwachsen, sondern schrumpfen.

Die sogenannten Direktinvestitionen schnellen international in die Höhe, jedoch nur in wenigen ausgesuchten Ländern, z.B. fast gar nicht in Afrika. Diesem Prozeß entspricht das Bild einer "**Inselökonomie**": weltweit gucken nur noch Inseln kapitalistischer Verwertung aus dem Meer an "überflüssigem Menschenmaterial", ausgezehrter Natur und ausgelutschten Fabrikruinen hervor. Diese Inseln können dabei genausogut bestimmte Stadtteile in Mexiko-City sein, wie es Armutszonen in Italien gibt. In diesem "Meer" aus Armut und Elend entsteht eine komplizierte Dynamik aus "oben Schwimmen oder absaufen". Männer versuchen, sich Fettbäuche anzufuttern oder Schwimmwesten aufpusten zu lassen ("patriarchale Privilegien auf zeitgemäßer Stufe zu reorganisieren"), um weiter oben zu schwimmen. Nationalistische Gruppen versuchen weltweit, sich auf eine dieser "Inseln" zu retten und die rassistisch konstruierten "anderen" als "unnütze EsserInnen" in Armutszonen abzustoßen.

Für Kapitalisten entsteht der Zwang, anderen die besten Kuchenstücke der Weltwirtschaft vor der Nase wegschnappen zu können, und zwar in weltweitem Maßstab durch möglichst minutenschnelle Käufe und Verkäufe: Das ist der Hintergrund der Globalisierung der Finanzmärkte und des Machtzuwachses derjenigen Banken und "Bankenkonzerne" (wie z.B. Siemens), die global handlungs- und spekulationsfähig sind.

Und das ist auch der Hintergrund der "Neoliberalisierung" der nationalen Kapitalmärkte. Im Rahmen der national orientierten "Entwicklungs"programme (es ging nie um "Entwicklung" gemäß der Bedürfnisse der Massen) mußten die Regierungen möglichst die Kontrolle über Kapitalmengen und-ströme in ihrem Land erlangen und errichteten bestimmte, mehr oder weniger strikte Regeln und Beschränkungen für grenzüberschreitende Kapitalbewegungen. Durch die permanent gewachsene Außenverschuldung waren sie dann aber in den 80ern abhängig von immer neuen Kapitalzuschüssen und damit erpreßbar. Liberalisierung der Kapitalmärkte bedeutete in der Regel die Abschaffung dieser nationalen zugunsten neuer, überstaatlicher Regulierungen. Zum Teil geschah dies koordiniert durch den IWF, zum Teil aber auch wie in der EU gegen den Willen der einzelnen Industrieländer: Die Macht der internationalen Finanzmärkte als neu entstandener Koordinierungsinstanzen kapitalistischer Interessen war derart gestiegen, daß bisherige "nationale" Regulierungsmittel wie z.B. die DM-Politik der Bundesbank allein nicht viel dagegen machen konnten.

Das bedeutet nun nicht, daß, wie oft prophezeit wird, die Nationalstaaten ihre Bedeutung verloren hätten. Die Eigentümerstrukturen auch der multinationalen Konzerne haben deutlich nationale Gewichtungen, die Nationalstaaten bleiben weiterhin enorm wichtig, um die jeweiligen Märkte für Arbeitskraft zu regulieren: Hier mal ein bischen mehr Repression gegen Gewerkschaften, da mal ein bischen weniger Öffnung der Grenzen für MigrantInnen usw. Sie bleiben Akteure in dem weltweiten Wettbewerb, regulieren z.B. die Forschungspolitik ihrer Region durch Milliarden-

Subventionen für "ihre" Mulinationalen Konzerne, deregulieren die letzten Barrieren "ihrer" abhängigen Staaten (z.B. BRD-Polen).

Genauso wie die EG intern und extern gegenüber z.B. Nordafrika neue Mischungen von Regulierung und Deregulierung entwirft, um sich gegenüber Ostasien und Nordamerika durchzusetzen, ist insofern der NAFTA-Vertrag der USA mit Mexiko ein *spezifisches* Paket von Maßnahmen, um sich in der Auseinandersetzung mit globalisierten Märkten, Multinationalen Konzernen, nationalen Eigentümereliten, anderen Wirtschaftsblöcken, spezifischen nationalen überregionalen und internationalen Klassen- und Kräfteverhältnissen handlungsfähig zu halten. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Die Behauptung auf Seiten der Herrschenden, dies alles entspringe einem überlegten Konzept oder gar zwingend ableitbaren theoretischen Regeln des Neoliberalismus, ist nur eine schlechte Tarnung ihrer Ratlosigkeit. Wenn diese Behauptung leider fast stärker von Seiten der Linken kommt, entspringt sie offensichtlich dem Bedürfnis nach allmächtigen Hauptwidersprüchen oder Hauptfeinden, die man anklagen aber nie besiegen kann, gegen die man also auch nicht handeln muß. (siehe dazu die letzte Nummer der Lateinamerikanachrichten).

6) Es führt nichts an der konkreten Analyse der weltweiten Prozesse und Veränderungen kapitalistischer, patriarchaler und rassistischer Ausbeutung vorbei. Nur, weil die Herrschenden kein Modell mehr haben, braucht die Linke ihnen noch lange keins zuzuschreiben, noch in die vergebliche Suche nach einem eigenen, weltweit gültigen zurückzufallen. Das führt nur zu neuen Varianten von terroristischen Entwicklungsdiktaturen

Der neoliberal begründete Angriff auf die ejido-Strukturen führt zu einer Verschlechterung der Existenzbedingungen bei Millionen von Menschen. Der neoliberal begründete Verkauf der mexikanischen Telefongesellschaft kann dazu führen, daß telefonieren teurer wird, dafür aber auch die Leitungen endlich funktionieren. eine anti-neoliberale Verstaatlichung der mexikanischen Medien führt zwar zu einem Sinken des Anteils viertklassiger US-Streifen im TV, dafür zum Anstieg fünftklassiger Seifenopern über mexikanische Mittelklasse-Schicksale, die für die indigene Bevölkerung in Chiapas wahrscheinlich langweiliger sind als der US-Terminator, der immerhin verkündet, daß es kein Schicksal gibt. Modelle nationaler Autarkie waren zuletzt das Steckenpferd der DDR-Elite und führen wie bei dieser im besten Falle zu Altersstarrsinn und Spießertum, auf anderem ökonomischen Niveau aber höchstwahrscheinlich zu rechten oder linken Varianten vom Entwicklungsterror "in sich logischer" ökonomischer Modelle mit ihrem meist patriarchal aufgebautem Ideal des angepaßten "neuen Menschen".

Wenn die Linke es wirklich ernst meint damit, daß die kapitalistische Variante von Herrschaft und Ausbeutung nur einen Teil der Realität darstellt, daß die ökonomischen Verhältnisse zwischen so definierten "Männern" und "Frauen", so definierten "Weißen" und "Nicht-Weißen" ebenso gewichtig für Glück oder Unglück, Existenz oder brutales Krepieren von einzelnen und Gruppen verantwortlich sind, müssen wir wegkommen von Schmalspur*modellen* ("befreite Gebiete" oder gar "autarke Staaten"), und zwar bei dem "wogegen" wie auch bei dem "wofür".

Auf der Basis des "Gegen den Neoliberalismus, für die Menschheit" kann, so das skeptische Resumee dieser Gedanken, keine neue Basis oder Form internationaler Solidarität entstehen. Denn diesen Gegner gibt es in dieser dominanten Weise weder in Mexiko, noch z.B. hier in der EU. Und diesen Bündnispartner, dieseN solidarischeN Schwester-Bruder namens "Menschheit" gibt es zwar als Gattung, nicht aber als politisches Subjekt, auch nicht angesichts der drohenden ökologischen Katastrophen.

Was fehlt, ist der solidarische Zusammenhang bestimmter sozialer, politisch handlungsfähiger Gruppen, die nicht ihr spezifisches Gruppeninteresse als nationalistische Männerhorde, Rassistenbund, Metropolenchauvinisten oder Elitenclique, sondern ein Interesse an der Existenz aller verfolgen. Linke, radikale, revolutionäre Politik muß sich dem Anspruch stellen, in konkreter Analyse, konkreter Politik im eigenen Handlungsbereich etwas zur Herausbildung dieses solidarischen Zusammenhangs beizutragen. Ob wir das altbacken "Internationalismus" oder postmodern z.B. "Transdifferenz-Ansatz" (Ha, ein neues Wort!) nennen, spielt wohl keine Rolle, wie immer kommt es vor allem auf das eigene Handeln an.

Mit aller Kraft und Liebe nicht nur für die EZLN

Col

Kritik zu Interim 370 - Land und Freiheit

Hallo Chiapas Gruppe

Folgende Kurzkritik an Euch:
wenn Ihr vor zu hoher Erwartung in Berlin beim kontinentalen Treffen (bezüglich des zapatistischen Aufstandes in Chiapas und den Perspektiven sozialen Widerstandes hier) warnt, ist das okey.
Trotzdem: Ihr/wir alle sind der Konkreß. Der Konkreß wird das, mit dem wir ihn füllen.
Aber auf dem Hintergrund zapatistischer Auseinandersetzung über Bündnis-,Entscheidungs- und direkter Demokratieformen finde ich Euren Umgang in der Auseinandersetzung um „Land und Freiheit" und dem im Nautilusverlag herausgegebenen Wiglaf Droste fragwürdig.
Ich denke, daß Ihr Euer eigenes Politikverständnis im Verhältnis zu dem Konflikt um der Veröffentlichung des Triebhaft Drostes bei dem Nautilusverlag überdenken müßt. Euere Ablehnung einer Zusammenarbeit mit den Leuten von Nautilus, solange sie nicht den „Kniefall" vor Eurer Position machen, finde ich wenig produktiv für einen vorwärtsweisenden Umgang mit Widersprüchen und Konflikten, die uns immer wieder ins Haus stehen werden.
Sexistisches patriarchales Verhalten ist kein Nebenwiderspruch, sagt Ihr, und Ihr habt meine volle Zustimmung. Aber eine Raussäuberung aus der Szene von „Nestbeschmutzern" würgt eine lebendige Auseinandersetzung ab, die uns immer wieder fordern sollte. Ich glaube, das der „antipatriarchalen Sache" kein Dienst erwiesen wird, wenn wir real-existierende Widersprüche rauskanten.
Wir sind keine „neuen Menschen" ! Die Diskussionen um eine neue Gemeinsamkeit muß auch von den Unterschiedlichkeiten ausgehen und innere Widersprüche aushalten können.Und dabei geht es nicht darum antipatriarchale Positionen aufzugeben sondern auch immer wieder zur Diskussion zustellen und auch Positionen einzufordern. Aber Positionen auf die Köpfe anderer überstülpen hat wenig Überzeugungskraft.
Wenn wir/Ihr mit dem was wir wollen nicht verstanden werden, liegt das auch an uns. Viele Argumente der alten linken Sprachetragen seltenst; sie sind zwar P.C. aber eben auch saubermännisch und moralisch, zu glatt und unserer Personen gar nicht entsprechend.
Ich denke, sowohl Ihr als auch die Nautilusleute verhalten sich in dem Konflikt nicht produktiv. Wir-Der Konkreß braucht Euch alle.Und wir brauchen den Respekt im Umgang miteinander.
Ich glaube, daß Ihr einen Weg der Verständigung in Eurer Unterschiedlichkeit finden solltet; einanderzuzuhören ohne gegenseitige Dogmen aufzubauen. Die Lösung für den Konflikt liegt in Hamburg!
Wie wär's, wenn Ihr nochmal neu an die Diskussion rangeht? Die Erfahrungen eines neuen Umgangs miteinander wird doch auch Teil des Konkresses werden, den wenn dieses Experiment gelingt, dann wird der Konkreß mit sehr unterschiedlichen Menschen,Denkweisen, und Widersprüchen angefüllt sein. Werdet Teil des Prozeß und erprobt neue Wege im Umgang mit Konflikten; sozusagen der Weg als Ziel und bringt diese Erfahrung in den Konkress ein.
Keine Ausgrenzung von Land und Freiheit
Keine Akzeptanz für die Kampagne „Mißbrauch dem Mißbrauch"

P.S.: Die Passagen der „Land und Freiheit" die Ihr in Eurem Papier kritisiert sind für mich kein politisches Problem; es gibt weniger arrogant wirkende Formulierungsmöglichkeiten. Trotzdem haben sowohl die Dschungelzapatistas und Metropolenzapatistas das Recht an gegenseitiger Kritik.

Soweit der schnelle Brief, zwischen der inhaltlichen Diskussion um Perspektive des Konkresses und der praktischen Realisierung desselben geschrieben, Eine Meinung aus dem Konkressgetümmel. Mit solidarischen Grüßen an die autonome Chiapas Gruppe und Land und Freiheit

Offener Brief

Berlin, 2. 4. 96

Liebe Walpurgisnachtinitiative am Wasserturm,

Wie wir allen möglichen Medien entnehmen konnten, plant Ihr eine Demonstration am 30. 4. 96 in Prenzlauer Berg, die auf die Vorkommnisse vom letzten Jahr Bezug nimmt. Wie Ihr sicher wißt, ist die Walpurgisnacht-demo seit vielen Jahre eine FrauenLesben-Demo gegen Gewalt gegen Frauen. Dadurch, daß Ihr Euch denselben Namen ausgesucht habt, kommt es zu vielen verwirrten Nachfragen bei uns, und wahrscheinlich gehen viele Frauen davon aus, daß es sich auch bei Eurer um eine Frauendemo handelt.

Uns ist klar, daß es zu spät ist, um den Namen noch zu ändern, aber bitte macht in allen Euren Veröffentlichungen klar, daß es sich nicht um die traditionelle Frauendemo handelt. Diese fängt wie jedes Jahr um 18.00 Uhr an, dieses Jahr am Alexanderplatz. Letztes Jahr ging sie übrigens vom Oranienburger Tor zum Pfefferberg und kam dabei am Kollwitzplatz vorbei ...

Wir hoffen, bald von Euch zu hören: Ihr erreicht uns Dienstag abend von 19.00 bis ca. 21.00 Uhr unter Tel.691 29 71 oder über das Notruftelefon 251 28 28.

Viele Grüße.

die Vorbereitungsgruppe der FrauenLesben-Demo

ERGÄNZENDE BEMERKUNGEN ZU „BILANZ UND PERSPEKTIVEN“

(Siehe Nr. 20 von *Land und Freiheit*)

Es geht mir um die Elemente, die uns Stoff zu Diskussionen und zur Entwicklung neuer Praktiken des Widerstands gegen die versteinerten Verhältnisse in den Metropolen liefern können.
An erster Stelle wären hier die zentralen Bezugspunkte von Selbstbestimmung und Autonomie zu nennen, die sich ja auch wie ein roter Faden durch die jüngere Geschichte des Widerstands in der europäischen Metropole zieht. Als neueres Element käme hierbei noch der Begriff der Authentizität hinzu. Aufgabe für uns wäre es wohl, diese Vorstellungen von ihrer extremen Reduzierung auf die vorgeblich mögliche Individualität zu befreien und sie um einen kollektiven Charakter zu bereichern.
Daran anschließend knüpfen sich Aspekte der Organisierung und Beziehungen mit anderen Gruppen an. Hierfür bieten die Zapatistas reichlich Anschauungsmaterial.
Die Frage nach einer neuen Form der internationalen Solidarität ist eine weiterer wesentlicher Aspekt, den ihr anschneidet. Es steht außer Zweifel, daß angesichts der Gobalisierung des Weltkapitalismus internationale Solidarität auch eine Verknüpfung der Kämpfe zwischen hier und dort anstreben muß. Diese Vermittlung wird aber verquer, wenn dabei die Machtverhältnisse zwischen Metropole und Peripherie außer Acht gelassen werden. So ist die Einschätzung zwar richtig, daß sich die Kämpfe weltweit tendenziell immer weiter angleichen, sie kann aber zur Zeit bestenfalls als „Hintergedanke“ dienen, denn die konkreten Wirklichkeiten der Leute hier und dort sind einfach zu weit auseinander. Als erster Schritt würden sich hier vielleicht genauere Untersuchungen und Analysen der neoliberalistischen Maßnahmen im Weltmaßstab und ihre Auswirkungen in den einzelnen Ländern/Kontinenten anbieten.
Und wir brauchen tatsächlich neue Diskussionen, die in diesem Zusammenhang erstmal auch eine Diskussion um das Neue ist, das von den Zapatisten ausgeht und von dem wir lernen können, ohne uns einen Zacken aus unserer Metropolenkrone zu brechen und auch ohne in eine folkloristische Verherrlichung zu fallen. Neben den schon oben erwähnten Punkten, die in Eurem Text angerissen werden, scheint mir eine Diskussion um die folgenden Punkte von Interesse:
Fragen nach der Möglichkeit der Neubestimmung von scheinbar längst ausgelaugten Begrifflichkeiten – hier zum Beispiel Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit. Begrifflichkeiten, die zum festen Repertoire der Macht gehören und nach Belieben von ihr benutzt werden können.
Hier würden sich unmittelbar zwei Fragenkomplexe aufwerfen:
Zum einen die Auseinandersetzung darüber, daß Macht und Kapital eben nicht nur eine von Außen aufgesetzte Instanz mit den dazugehörigen Unterdrückungsapparaten ist, und nicht nur – wie bereits allgemein bekannt sein dürfte – durch uns hindurch geht, sondern sich tatsächlich auch aus den Wünschen der Leute nährt – und das eben wesentlich auch auf der sprachlichen Ebene – um sich aufrechtzuerhalten.
Direkt damit im Zusammenhang stellt sich die Frage nach der Vermittelbarkeit von Widerstand in der Mediengesellschaft.
Im weiteren Zusammenhang dazu wirft sich die Frage auf, wie wir die mittlerweile fast unüberbrückbar erscheinende Schere zwischen konkreten Forderungen und Kritik an konkreten Mißständen (die vermeintlich reformistische Haltung) und den Anforderungen an eine radikale Veränderung der Verhältnisse (die vermeintlich revolutionäre Position) überbrücken können.
Ein weiterer Komplex, der im Zusammenhang mit der sozialen Atomisierung, mit der Zerstückelung der Wahrnehmung, mit der permanenten Abstrahierung des menschlichen Handelns steht, sehe ich in den Fragen nach der Aufstellung eines konkreten „Forderungskatalogs.“ Ein Forderungskatalog, wie er sich zum Beispiel in den mittlerweile 13 Punkten der Zapatistas ausdrückt, der aus ihrem Kontext heraus die Grundlage für eine menschenwürdige Existenz darstellt. Das heißt, darin wird schon der Entwurf für ein neues gesellschaftliches Modell gelegt, der zudem erlaubt in konkrete gesellschaftliche Konflikte einzugreifen.

Als Ansatzpunkt für eine Erstellung von Referenzpunkte für hier, würde sich eine kritische Reflexion (mit Schwerpunkt auf die positiven Elemente versteht sich) der Erfahrungen der Widerstandsbewegungen der letzten 30 Jahre anknüpfen. Dazu nur ein paar Stichpunkte: Kämpfe für selbstbestimmtes Leben (Häuserkämpfe, soziale Zentren), Widerstand gegen die formierte Gesellschaft (Kontrolle, Repression), Naturzerstörung, Widerstand der Frauen, Schwulen- und Lesbenbewegung, Migranten, Kämpfe um Existenzsicherung... Es ginge dabei weniger um eine Bestandsaufnahme als um das Herausarbeiten von Momenten und Elementen dieser Auseinandersetzungen, in denen sie einen verallgemeinerbaren Charakter angenommen bzw. spürbar werden haben lassen.
Es ginge also um einbeziehende Diskussionen, die ihren Blick wesentlich auf das Gemeinsame und nicht auf das Trennende richten. Einigung über die wichtigsten Punkte und Suche nach den konkreten Kampfformen für ihre Durchsetzung. Das Schwergewicht liegt auch hier in der Form: das heißt: sich die Fragen zu stellen danach, wie „wir“ eigentlich leben wollen, und nach Beantwortung dieser Fragen das Nötige dazu tun, um so leben zu können. Jetzt, heute. Und darin würde der Weg zum Ziel. Und die Beziehungen zu den „Bündnispartnern“ würden sich immer wesentlich danach bestimmen, wie sie sich zu diesen Punkten verhalten.

Und in diesem Zusammenhang würde sich auch die Frage nach einer Neubestimmung des gesellschaftlichen Wirs stellen und eben die Frage nach der Teilhabe der Leute eines Landes am gesellschaftlichen Reichtum.
Ein wesentlicher Ansatzpunkt für diese Auseinandersetzung könnte der Vorschlag der Zapatisten für eine Internationale gegen den Neoliberalismus sein. Also eine praktische Analyse des weltweiten Maßnahmenkatalogs des Neoliberalismus, seine spezifischen Auswirkungen in den drei Kontinenten, Erfahrungsaustausch und Entwicklung von Aktionsformen im Rahmen eines konkreten Forderungskatalogs.
Für hier eine praktische Kritik dieser Verhältnisse der rasenden Versteinerung, die sich an den „kleinen Mann“ und die „kleine Frau“, den/die „Anonymus“ der Metropole wendet. Eine offene Kritik, eine Kritik, die bereit ist, zuzuhören, eine Kritik, die nach neuen Ausdrucksformen sucht. Und eine Kritik, die den Verantwortlichen kräftig und wirksam auf die Füße tritt, ohne dafür gleich Gott und die Welt und einen abstrakten Überbau zum Zeugen anrufen zu müssen, um sich dafür zu rechtfertigen.

H. R. (Barcelona)

---

1. Europäisches Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus vom 30. Mai – 2. Juni 1996 in Berlin

„Es ist nicht notwendig, die Welt zu erobern.
Es reicht, sie neu zu schaffen.
Durch uns. Heute.“
(Subcomandante Marcos)

Positionspapier des Guatemala-Komitees Berlin zu den Perspektiven internationaler Solidaritätsarbeit

Die anlaufenden Vorbereitungen für den "intergalaktischen" Kongreß, bzw. das europäische Treffen in Berlin, führen tatsächlich zu ersten Ergebnissen. Zumindest hat es schon mal dazu geführt, daß wir für unsere Gruppe versuchen, Diskussionen, Überlegungen und Stimmungen auf den Punkt zu bringen, bzw. sie überhaupt zu benennen und längerfristig und konkret zu führen.

Dieses vorläufige Papier soll dabei unseren gegenwärtigen Diskussionsstand dokumentieren.

Konkret geht es uns dabei zunächst einmal um Perspektiven für unsere eigene Gruppe, wobei wir diese Frage natürlich nicht losgelöst von der allgemeinen Situation der Soli-Bewegung sehen oder diskutieren wollen und können. Insofern und darum gehen wir mit diesem Papier auch nach außen, verstehen es als einen Disskussionsbeitrag für das Treffen in Berlin.

Die Entwicklung der revolutionären Bewegungen in Mittelamerika (u.a. Wahlniederlage und Spaltung der FSLN in Nicaragua, Verhandlungen und Spaltung der FMLN in Salvador, "Friedensprozeß" in Guatemala) haben uns der Möglichkeit beraubt, Illusionen in eine dortige revolutionäre Bewegung stecken zu können, unsere eigenen Vorstellungen von revolutionärer Veränderung auf diese Bewegungen - quasi stellvertretend und als Ersatz für die eigenen Kämpfe - projezieren zu können. Diese Desillusionierung wird verstärkt durch die Entwicklung derjenigen Gruppen und Bewegungen, die für uns die "revolutionären Kräfte"verkörperten - eben z.B. die Guerilla -, hin zu recht konventionellen Parteien, deren Programme bestenfalls noch als sozialdemokratisch zu bezeichnen wären, oder die ganz offen "marktwirtschaftliche" oder gar neoliberale Positionen vertreten, den Kontakt zur Sozialistischen Internationale suchen und einem hierarchischen, autoritären Politikverständnis verhaftet sind und in denen Rivalitäten der jeweiligen "Caudillos" sich gleich zu Flügelkämpfen und Spaltungen auswachsen.

Für uns entstand daraus zunächst eine stärkere Orientierung auf die sectores populares und die Volksbewegungen an der "Basis", wo es eher möglich schien, eine sinnvolle Unterstützung zu leisten. Selbst in diesen Bereichen ist es durch die stärkere Ausdifferenzierung schwierig geworden, zwischen „gut" und „böse" zu unterscheiden.

Vor allem aber wurde auch klar, wie abstrakt, einseitig und assistenzialistisch so eine Vorstellung und Praxis von "Unterstützung" ist. Dies drückt sich einerseits in einer mangelnden "Motivation" aus, so weiterzumachen wie bisher. Andererseits aber auch in der Erkenntnis, daß wir uns mit einem solchen Politikverständnis aus den Kämpfen und Zuständen im eigenen Land heraushalten. Rassismus, die ständige Verschlechterung der Situation von Flüchtlingen und MigrantInnen, die Demontage sozialer Sicherungen und massive Lohndrückerei, deutsche Großmachtpläne und zunehmender Militarismus, faschistischer Terror sind nur die zentralen Entwicklungen, zu denen wir uns in der Praxis unserer Gruppe bisher kaum verhalten haben.

Ein Politikansatz, der einen solches Verhalten, einen Kampf in der sich zuspitzende Situation hier nicht miteinschließt, können wir uns nicht mehr "leisten", erscheint uns eher als ein "Luxus". Ein Luxus den wir uns eine Weile aus einer relativ gesicherten, privilegierten Metropolensituation heraus erlauben konnten oder vielleicht auch nur meinten uns leisten zu können.

Die Konsequenz aus dieser Erkenntnis soll aber nicht darin bestehen, zu meinen, eine internationale Solidarität wäre für uns jetzt nicht mehr möglich, da wir uns erstmal um uns selber kümmern müßten. Im Gegenteil:

Internationale Solidarität halten wir angesicht der Globalisierung des neoliberalen Projekts für notwendiger denn je. Eine Erkenntnis aus den revolutionären Prozessen im Asien, Afrika und Lateinamerika der 60er bis 80er Jahre war ja gerade, daß ein nationaler Weg zur Befreiung zum Scheitern verurteilt ist, in einer Sackgasse oder in einer Anpassung an neoliberale Ideologien endet.

Die Vorstellungen davon, worin diese internationale Solidarität bestehen kann, wie sie aussehen kann, müssen wir allerdings in wesentlichen Teilen erst wieder neu entwickeln.

Wir gehen dabei davon aus, daß es zwischen der sozialen und politischen Situation, mit der sich die Volksbewegungen in Mittelamerika schon seit den 80er Jahren herumschlagen müssen, und den Angriffen, denen wir uns seit einiger Zeit gegenüber sehen, einige klare strukturelle Gemeinsamkeiten gibt.

Für Mittelamerika und große Teile des Trikonts sehen wir einen zunächst über IWF und Weltbank vermittelten, dann zunehmend auch von den eigenen Eliten und Teilen der Mittelschichten übernommenen neoliberalen Angriff auf Lebens- und Subsistenzniveau von ArbeiterInnen, BäuerInnen, Frauen, Pobladores, Angestellten usw.. Die Methoden sind ja oft genug benannt worden: Vermeintliche "Sanierung" des Staatshaushaltes mittels Ausgabenkürzung in den Bereichen Soziales, Bildung, Lebensmittelsubventionen, Preiserhöhungen für lebensnotwendige öffentliche Dienstleistungen, Privatisierungen, Preiserhöhungen, Lohndrückerei, Vernichtung einer eigenständigen Industriestruktur durch Öffnung der Märkte, verteuerte Kredite, Orientierung der Ökonomie am Weltmarkt, Vernichtung von Lohnarbeitsplätzen,usw..

In modifizierter Form taucht vieles von diesem seit den 80er Jahren auch in den Metropolen auf. Während es zunächst vor allem Großbritannien unter Thatcher traf, beschleunigt und verschärft sich dieser neoliberale Angriff in den letzten Jahren auch in der BRD. Begleitet wird dies wohl nicht ganz zufällig von massivem Rassismus, einer faschistischen Mobilisierung und einer Remilitarisierung der Gesellschaft.

Auch wenn wir nicht meinen, daß es mit diesem strukturell ähnlichen Angriffen und Situationen zu einer Angleichung der Lebensverhältnisse kommen wird, wie in manchen Analysen nahegelegt wird, so sehen wir doch strukturelle Gemeinsamkeiten, die in der Globalität und der Ag-

gressivität dieses so grob umrissenen neoliberalen Projektes, als dem Versuch einer Neustrukturierung kapitalistischer Verwertungsbedingungen, begründet liegen.

Eben diese Gemeinsamkeiten sehen wir als mögliche Basis von Solidarität.

Unsere Perspektive sehen wir dabei nicht in der Unterstützung von NGOs oder Organisationen in Mittelamerika, die sich einer "sozialen Abfederung" der "Anpassungsprogramme" verschrieben haben. Da ist für uns zum einem die Erkenntnis und Erfahrung, daß die internationalen und nationalen NGOs den Verlauf der Kämpfe der Volksbewegungen gar nicht wirklich wahrnehmen, sondern mit ihrem Geld und ihrem Einfluß eher zu Spaltungs- und Entsolidarisierungsprozessen beigetragen haben.

Uns erscheint die Projekteszene als "Nest" für frustrierte Solibewegte und arbeitslose AkademikerInnen. In der Zusammenarbeit mit NGOs würden wir zu einem besseren - und dazu unentgeltlich -arbeitenden Dienstleistungsbetrieb werden. Der Kontakt zu den Organisationen in Mittelamerika wäre fast schon "marktvermittelt", also daran orientiert, wer sich auf dem "NGO- und Organisationsmarkt" gerade anbietet oder bei wem die Unterstützung gerade am aktuell wichtigsten erscheint. Dies unterliegt dabei erfahrungsgemäß Konjunkturen, die von den Stimmungen und politischen Moden in den Metropolen bestimmt sind, nicht so sehr von den realen Kämpfen in Mittelamerika oder im Trikont.

Von den Schwierigkeiten, über die Organisationen und Strukturen dort Informationen zu bekommen, ihren "Marktwert" und ihre politische Orientierung beurteilen zu können, um daran eine Unterstützung festzumachen zu können, ganz zu schweigen.

Daher stellen wir uns die Basis der Zusammenarbeit mit Organisationen, Gruppen und Bewegungen "dort" auch anders vor als eine, die sich hier fast ausschließlich um die Finanzierung von Projekten dort kümmert. Das kann es nicht gewesen sein!

Wichtig ist uns eine Gegenseitigkeit in der Vermittlung von Erfahrungen und in der Unterstützung in den Kämpfen, die hier wie dort geführt werden. Dieser Ansatz bleibt so ersteinmal recht abstrakt.

Anbieten würde sich natürlich der Kontakt zu Organisationen, zu deren konkreter Arbeit wir einen Bezug durch unsere eigene Situation und politische Arbeit haben. Da würde ein gegenseitiger Austausch zunächst leichter fallen.

Außerdem wären für engere Kontakte zu Organisationen auch Kriterien relevant, die deren allgemeinpolitische Ausrichtung und Ziele betreffen. Diese wären für uns z.B. das Festhalten an einer antikapitalistischen Perspektive (in Guatemala z.B. die Kooperativenbewegung), die Stärkung und Verbreiterung der sozialen Bewegungen, die horizontale Vernetzung von Basisgruppen verschiedener Interessengruppen der Gemeinden/ Stadtteile/ etc. und die politische Bewußtseinsbildung.

Selten wurde bisher versucht, etwas über unsere Kämpfe hier und die damit verbundenen Erfahrungen, Perspektiven und Problemen den Bewegungen dort zu vermitteln, so daß dort stärker die Möglichkeit entstehen würde, sich über die Situation hier ein Bild zu machen.

Es geht uns dabei aber um mehr als um die Erkenntnis, daß es möglich, richtig und wichtig ist, die "Bestie" eben gerade auch im "Herzen der Bestie" anzugreifen, oder daß dieser und jene in Mittelamerika agierende Konzern hier Sitz und Adresse hat.

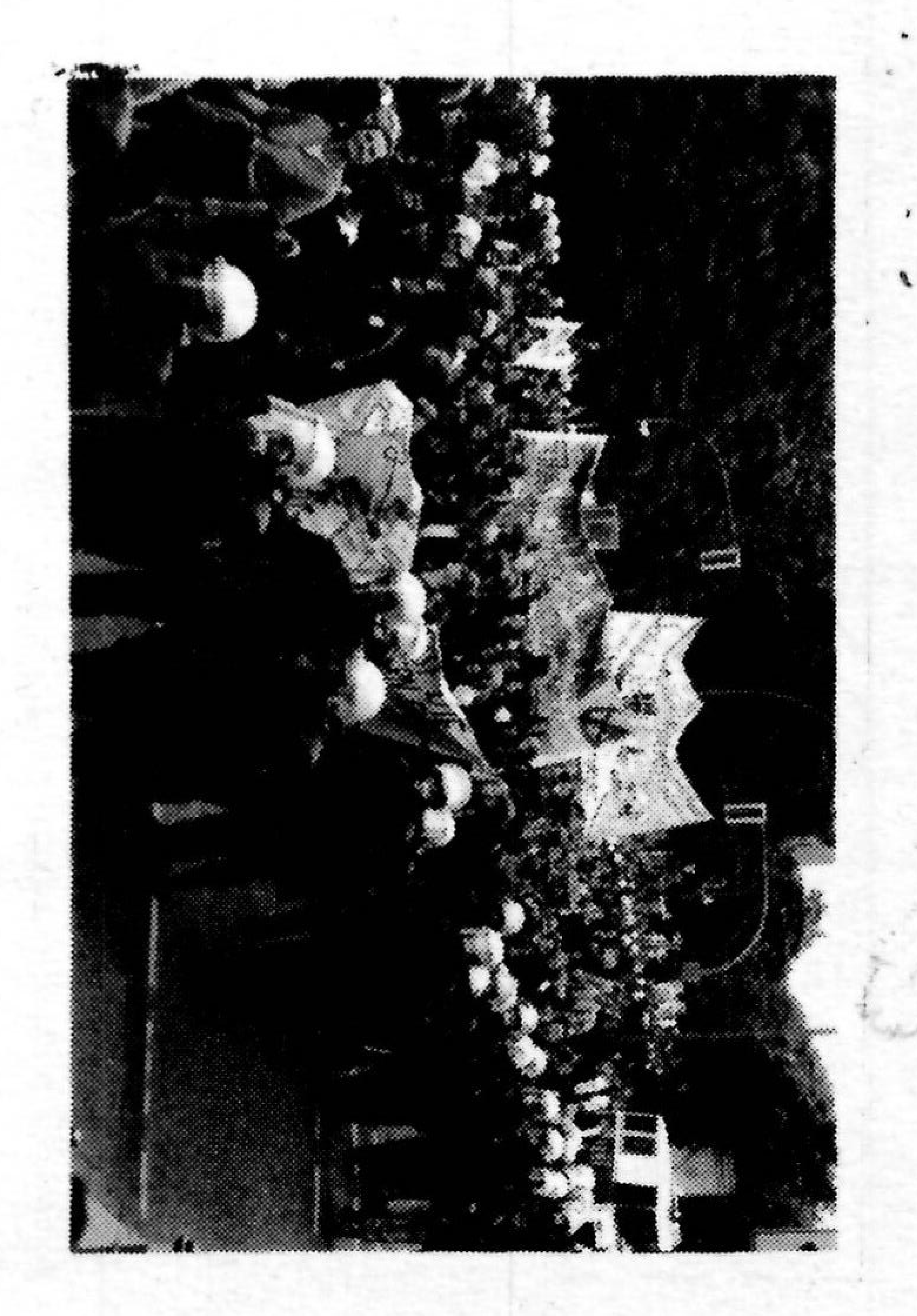
Für die Arbeit hier geht es uns dabei auch um die Vermittlung einer "internationalistischen Perspektive" in hiesige Bewegungen und Kämpfe. Konkret also z.B. um eine Gegenperspektive zum "Standort-Deutschland"- Diskurs. Gegen diese nationale Mobilmachung das Bewußtsein von der Gemeinsamkeit des Gegners und der Kämpfe zu fördern.

Vermittlung kann dabei natürlich auch heißen, aufmerksam zu bleiben und die Entwicklungen und Kämpfe, die in Mittelamerika stattfinden, hierher zu vermitteln, den Blick zu schärfen. Das schließt mit ein, im entscheidenden Moment auch durchaus konkret und praktisch Solidarität leisten zu können.

Hierbei werden wir uns weiterhin schwerpunktmäßig auf Guatemala beziehen, unseren Blick jedoch nicht durch nationale Grenzen beschränken lassen.

Vielleicht ist das alles für viele nicht neu. Für uns eigentlich auch nicht. Aber wir haben die Gedanken und Vorstellungen bisher eher vereinzelt mit uns herumgetragen, ohne die Praxis der Gruppe zu verändern.

Aber das muß ja nicht so bleiben...



AUSRANGIERT !



NEUE ÖFFENTLICHE SCHIENENDEMONTAGE

Am Sonntag, den 14.04.1996 findet eine öffentliche Schienendemontage am Verladekran in Dannenberg statt. Das Schienenende vor dem CASTOR-Kran, das einzig den Atommülltransporten dienen könnte, wird in einer öffentlichen Aktion von Alt und Jung abgebaut.

Wie schon im vergangenen Jahr wird ein Training in gewaltfreier Aktion angeboten und ein Koordinationstreffen organisiert.

Wer sich auf diese lockere Weise mit der Aktion anfreunden möchte, kann schon Freitag Abend anreisen und findet eine Schlafplatzbörse in Hitzacker.

Das Training findet am Samstag, den 13. April um 10 Uhr im Gemeindehaus in Hitzacker statt. Bitte vorher telefonisch anmelden.

Um 16 Uhr gibt es dann ein Vorbereitungstreffen im "Rebstock" in Waddeweitz, ein Fahrdienst von Hitzacker nach Waddeweitz wird organisiert.

Zeitplan und Verlauf der Aktion "AUSRANGIERT ! 2":

10.00 Uhr	Andacht auf dem Gelände am Bahnhof in Dannenberg
10.30 Uhr	Frühstücksbuffet mit Musik
11.30 Uhr	Kundgebung
12.00 Uhr	Demontage der Schienen
14.00 Uhr	Besinnung und Nachlese bei Sekt, Kaffee, Tee und Kuchen

BUSFAHRKARTEN FÜR "AUSRANGIERT !"

Abfahrt: **Samstag, den 14.04.1996, 7.30 Uhr, Straße des 17. Juni, Eingang Mathegebäude**

Rückfahrt: **am gleichen Tag ca. 18.00 Uhr**

Preis: **25,- DM**

ab sofort in jedem gut sortierten Info- und Buchladen erhältlich!

Omega, Sparrstr. 21 // Danneben, Liebigstr. 34 // Nachladen, Waldemarstr. 36 M99, Manteuffelstr. 96 // Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2a

Vorgeschichte

Über 200 Faschos haben am Wochenende im sächsischen Wurzen (wo das genau liegt, wissen wir leider nicht) Linke angegriffen. Gezielt wurden Autos von Antifas zertrümmert, in eine Wohnung Mollis reingeworfen, 2 linken Menschen aufgelauert und schwer verletzt, so daß sie nun im Krankenhaus liegen müssen. Die Bullen schauten wie üblich teilnahmslos zu. Dagegen wurde spontan zu einer Demo mobilisiert.

Wurzen: Demo gegen Neonazis

WURZEN. Etwa 200 Jugendliche haben am Sonnabend im sächsischen Wurzen gegen rechtsradikale Gewalttäter demonstriert. Die Demonstration verlief weitgehend friedlich. Wie die Polizei am Sonntag bestätigte, wurden jedoch im Vorfeld des Aufmarsches bei Auseinandersetzungen zwischen den jungen Leuten und der Polizei fünf Beamte verletzt. Zwei Jugendliche wurden festgenommen. Die Jugendlichen aus der linken Szene hätten die Beamten mit Steinen und Molotow-Cocktails attackiert, weil ihnen die Demonstration zunächst untersagt worden war. Die Behörden genehmigten den Aufmarsch dann aber kurzfristig, um eine Eskalation zu verhindern. Allerdings wurden die Demonstranten daran gehindert, zu einem Jugendzentrum rechter Gruppen in der Innenstadt zu laufen. In dem Haus hatten Neonazis nach Darstellung einer linken Organisation am Karfreitag Jugendliche festgehalten und mißhandelt. 130 Beamte waren im Einsatz. *(ddpADN/jW)*

Lesenswert

Durchsuchung wegen Gorlebenbroschüre

Am 3. April wurde die Buchhandlung im Schanzenviertel in Hamburg vom LKA durchsucht. Anlaß war die Broschüre "55 Millionen plus X" von der Republik Freies Wendland, in der "auf den Seiten 18 und 19 detailliert Angaben darüber gemacht werden, wie Sprengsätze zur Sprengung von Strommasten und Schienensträngen herzustellen sind" (zitiert aus Durchsuchungsbeschluß).

Dem Laden wird die Verbreitung dieser Broschüre entsprechend § 130 Strafgesetzbuch vorgeworfen. Verbreitung einer Schrift, die dann jemand liest, der oder die sich dann aufgerufen fühlt, solcherlei Straftaten zu begehen.

Kurz nach Öffnung des Ladens um 9.40 betraten fünf LKAler und 10 - 12 Uniformierte (vermutlich grün) den Laden, weitere ebenfalls Grüne postierten sich vor Eingang und Schaufenster und ließen niemanden mehr herein. Sofort herbeieilende Anwälte verhinderten, daß sämtliche Geschäftsunterlagen beschlagnahmt wurden. Deshalb dürftige Ausbeute: zwei oben genannte Broschüren, eine neue Ausgabe der Zeck und 59 Exemplare des mittleren Einlegeblattes mit u. a. einer Kopie aus der gesuchten Broschüre und eine radikal Nr. 151.

Wuppertal

Am 20. 3 kam es bei dem SPD- Bundestagsabgeordneten Penner zu einer nächtlichen Newroz-Kundgebung mit Feuerwerk, Transparent und gesprühter Parole wegen Penners Hetztiraden gegen KurdInnen. Alle Akteure konnten sich unerkannt entfernen

Roter Container

Am Karfreitag besetzten etwa 20 Leute die Infobox von Daimler-Benz, Senat, Sony, ABB usw. am Potsdamer Platz, zur Zeit TouristInnenziel Nr. 1 in Berlin. Sie protestierten gegen die Räumungen besetzter Häuser in der letzten Woche. Bei der Räumung wurden drei BesetzerInnen festgenommen und zum Teil verletzt.

Jugendliche besetzten Villa in Potsdam

■ Potsdam – Eine Gruppe Jugendlicher besetzte am Sonntag nachmittag eine Villa an der Hegelallee. Da zunächst kein Räumungsbefehl vorhanden war und die Einsatzkräfte der Polizei nicht ausreichend gewesen seien, habe es ein Gespräch mit den Hausbesetzern gegeben. Im Rahmen einer „Oster-Wanderung" von Berliner und Potsdamer Hausbesetzern seien die Jugendlichen in das Haus eingedrungen, so eine Teilnehmerin. Am Montag mittag verließen die Jugendlichen das Gebäude dann freiwillig.

wir haben in der nacht vom 1. auf den 2. märz den nobelkarossen des benzhändlers in aschaffenburg-damm und den bullen eine heiße nacht beschehrt. mittels eines brandsatzes hat es dort gefackelt. da die örtliche systempresse und die bullen diesen vorfall verschwiegen haben und die spuren schnellstens beseitigt wurden, ist uns die genaue schadenssumme nicht bekannt (mindestens 70.000,-). mindestens ein wagen ist weg vom fenster. fortsetzung folgt . . . es lebe die wagensportliga !!! autonome zelle - militanter mercedes fan-club

Bioethik
Eugenik
”Euthanasie“

Veranstaltungsreihe:

23.4.96 Erfassen und Verwerten: Die Bioethik-Konvention des Europarates vor dem Hintergrund der Forschungspolitik der EU

Vortrag und Diskussion zu den Themen: Die ”europäische Volksgesundheit“ - ein Kostenproblem / Von ”Schlüsseltechnologien“ und ”Akzeptanzproblemen“ / ”Harmonisierung“ - der Service der Bioethik / Bioethik in den aktuellen Forschungsprogrammen der EU / Das Netz der Berater / Bioethik in Osteuropa und in Ländern der sogenannten Dritten Welt.

30.4.96 Video: Der Pannwitzblick

Wie Gewalt gegen Behinderte entsteht.

7.5.96 ”Ihr Tod reißt nicht die geringste Lücke“

Zur Geschichte von Heilen durch Vernichten. Die Verdinglichung und Entwertung von Menschen in Konzepten der Psychiatrie und der Eugenik.

14.5.96 ”Euthanasie“ gestern und heute

Ausgehend von seinen persönlichen Erfahrungen schildert ein Überlebender der ”Euthanasie“, wie auch heute noch behinderte Menschen bedroht sind. Sie werden auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt, unterliegen verschärften Verwertungszwängen und häufig wird ihnen das Lebensrecht überhaupt abgesprochen.

21.5.96 Organtransplantationen - schöne Welt der Medizin?

Die spektakulären Erfolge der Organtransplantationsmedizin setzen das Hirntod-Konzept voraus - ein Mensch ist schon tot, wenn sein Gehirn tot ist, seine Organe aber noch lebendig gehalten werden.
Welche Hoffnungen weckt diese Medizin? Welche Gewalt tut sie wem an? Wer zahlt den Preis für die neue Niere, das neue Herz? Gibt es eine Pflicht zur Organspende? Was ist ein würdiges Sterben?

28.5.96 Zeigt her Eure Gene

Das ”Qualitätskind“ (Pränatale Diagnostik) und die Ausgrenzung ”erbgutriskanter“ Menschen aus Arbeit und sozialen Sicherungssystemen (”Gen-Pass“).

Beginn jeweils um 19.30 Uhr
Veranstaltungsort: Baobab, Winsstr. 53, Berlin-Prenzlauer Berg
Tram 1: Marienburger Str.; Tram 2, 3 und 4: Immanuelkirchstr.; oder Tram 20: Winsstr.

„Pannwitz ist hochgewachsen, mager und blond; er hat Augen, Haare und Nase, wie alle Deutschen sie haben müssen, und er thront fürchterlich hinter einem wuchtigen Schreibtisch. Ich, Häftling 174517, stehe in seinem Arbeitszimmer, einem richtigen Arbeitszimmer, klar, sauber und ordentlich, und mir ist, als müßte ich überall, wo ich hinkomme, Schmutzflecken hinterlassen.
Wie er mit Schreiben fertig ist, hebt er die Augen und sieht mich an.
Von Stund an habe ich oft und unter verschiedenen Aspekten an diesen Doktor Pannwitz denken müssen. Ich habe mich gefragt, was wohl im Innern dieses Menschen vorgegangen sein mag und womit er neben der Polymerisation und dem germanischen Bewußtsein seine Zeit ausfüllt; seit ich wieder ein freier Mensch bin, wünsche ich mir besonders, ihm noch einmal zu begegnen, nicht aus Rachsucht, sondern aus Neugierde auf die menschliche Seele.
Denn zwischen Menschen hat es einen solchen Blick nie gegeben. Könnte ich mir aber bis ins letzte die Eigenart jenes Blickes erklären, der wie durch die Glaswand eines Aquariums zwischen zwei Lebewesen getauscht wurde, die verschiedene Elemente bewohnen, so hätte ich damit auch das Wesen des großen Wahnsinns im Dritten Reich erklärt.
Was wir alle über die Deutschen dachten und sagten, war in dem Augenblick unvermittelt zu spüren. Der jene blauen Augen und gepflegten Hände beherrschende Verstand sprach: ‘Dieses Dingsda vor mir gehört einer Spezies an, die auszurotten selbstverständlich zweckmäßig ist. In diesem besonderen Fall gilt es festzustellen, ob nicht ein verwertbarer Faktor in ihm vorhanden ist.’“

Primo Levi

Veranstalter: AGiP, Antifaschistische Gruppe im Prenzlauer Berg. In Zusammenarbeit mit GeN, Gen-ethisches Netzwerk e.V.

„Wir stehen vor der Notwendigkeit, immer mehr und immer ältere Behinderte zu versorgen. Die Grenze der Leistungsfähigkeit der Gesamtheit der Versicherten und des Staates ist in Sicht, ja verschiedentlich ist sie bereits überschritten. Als wichtige Konsequenz ergibt sich aus dieser Situation, daß der Krankheitsvorbeugung und damit der genetischen Beratung ein besonderes Gewicht beigemessen wird. Bei der heute einfachen Familienplanung ist es wichtig, daß die wenigen gewünschten Kinder gesund zur Welt kommen ...“ (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesärztekammer, 1980)

Zur geplanten Bioethik-Konvention

Für Oktober 1996 ist die Verabschiedung einer sogenannten Bioethik-Konvention („Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und der Menschenwürde im Hinblick auf die Anwendung von Biologie und Medizin“) geplant. Nur durch eine absichtliche Indiskretion wurde dieser Entwurf öffentlich bekannt. Sollte er in Kraft treten, werden europaweit Regelungen gültig, die in krassem Widerspruch zum „Schutz der Menschenwürde“ stehen:

- Bei sog. „nicht-einwilligungsfähigen Personen“ (Kinder, behinderte und kranke Menschen) wird unter bestimmten Bedingungen eine therapeutische und fremdnützige (ohne irgendeinen Nutzen für den betreffenden Menschen) Forschung ermöglicht, oder noch schlimmer: Forschung, die den Versuchspersonen schadet. Ebenso soll Knochenmarksentnahme bei diesen Menschen erlaubt werden. Die Zustimmung zu solchen Eingriffen muß ein vom Gesetz zu bestimmender Vertreter erteilen, der allerdings nicht der gesetzliche Vertreter (z.B. Eltern) sein muß.
- Die Forschung an Embryonen bis zum 14. Tag wird erlaubt, nur ihre Erzeugung ausschließlich zu Forschungszwecken soll verboten bleiben.
- Prädiktive Gentests, die 'wahrscheinlich auftretende' Krankheiten vorhersagen, sollen erlaubt werden. Fortan müßten z.B. Neugeborene, ArbeitnehmerInnen oder KrankenversicherungsnehmerInnen verstärkt damit rechnen, auf ihre genetischen Anlagen hin durchleuchtet zu werden. Die Weitergabe der so gewonnenen Daten bei „übergeordneten Interessen“ wird ebenfalls möglich.

„Bei Vorliegen übergeordneter Interessen können die innerstaatlichen Gesetze in Ausnahmefällen zum Zweck der medizinischen Forschung in Bereichen mit minimalem Risiko und minimaler Belastung für den Probanden ... auch Eingriffe ohne therapeutischen Wert an nicht-einwilligungsfähigen Personen erlauben, ...“ (Aus dem Konventionsentwurf des Europarates 1994, Artikel 6)

Konsequenzen der Konvention

Beim Lesen dieses Entwurfs fällt die Tragweite einiger Regelungen nicht sofort auf, doch Formulierungen wie „bei übergeordneten Interessen“ oder „bei beträchtlichem Nutzen für die Allgemeinheit“ machen deutlich, wessen Interessen hier zuerst vertreten werden: bei der Abwägung von Forschungsfreiheit gegen Menschenwürde wird nach diesem Entwurf die Menschenwürde in Zukunft das Nachsehen haben. Zunächst vor allem die Menschenwürde der „nicht-einwilligungsfähigen Personen“: sie werden zu bloßem Versuchsmaterial für ForscherInnen degradiert.

Die Folge ist zwangsläufig eine stärkere Diskriminierung von behinderten, alten und kranken Menschen. Es handelt sich hierbei nicht mehr nur um die 'alltägliche' Behindertenfeindlichkeit, es geht darum, bestimmten Menschen das Recht auf Leben abzusprechen.

Auch eine breite und zukünftig legalisierte Anwendung prädiktiver Gentests verstärkt bereits vorhandene Ausgrenzungs- und Selektionstendenzen um ein Vielfaches: behinderte Föten dürfen nicht mehr geboren werden - in der BRD ist ein Schwangerschaftsabbruch bei einem wahrscheinlich 'genetisch geschädigten' Fötus bis zur 39. Schwangerschaftswoche erlaubt. 'Genetisch Kranken' wird teilweise heute schon der Versicherungsschutz verweigert oder BewerberInnen für einen Arbeitsplatz werden z.B. in den USA daraufhin untersucht, ob sie potentiellen Gesundheitsgefahren auch 'genetisch gewachsen' sind, also z.B. kein erhöhtes Krebsrisiko haben.

Das Ziel ist die Optimierung der Menschen für den kapitalistischen Verwertungsprozeß. Jeder, der nach der Verwertungslogik als nicht mehr 'funktionsfähig' betrachtet wird, soll ausgegrenzt und in der Folge ausgemerzt werden. Mit der geplanten Verabschiedung der Bioethik-Konvention wird ein weiterer Schritt unternommen, das Lebensrecht behinderter, alter und kranker Menschen in Frage zu stellen und um es ihnen schließlich aberkennen zu können. Sie werden zu „nicht-einwilligungsfähigen Personen“ erklärt und die Forschung an ihnen für das 'Wohl der Allgemeinheit' gutgeheißen. Dieses 'Wohl der Allgemeinheit' heißt nicht mehr als die Formierung eines 'gesunden' und somit produktiven „Volkskörpers“, der von allen „Ballastexistenzen“ befreit sein muß.

„Unser Mitleid mit dem asozialen Ausfallbehafteten, dessen Minderwertigkeit ebensogut durch irreversible, frühkindliche Schädigungen verursacht sein kann wie durch erbliche Mängel, verhindert, daß der Nicht-Ausfallbehaftete geschützt wird.“ (Nobelpreisträger Prof. Konrad Lorenz, 1973)

Vom Sozialdarwinismus zur „Euthanasie“

1859 veröffentlichte der Naturforscher C. Darwin seine Arbeit „Die Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl oder die Erhaltung der begünstigten Rassen im Kampf ums Dasein“. Anhand von Stiefmütterchen, Stechpalmen und Purzeltauben setzte Darwin neue Maßstäbe in der Biologie und in der Evolutionstheorie. In den folgenden Jahrzehnten übertrugen und dehnten andere WissenschaftlerInnen Darwins Selektionstheorie auf die Gesellschaft aus (Sozialdarwinismus) und forderten die „Ausmerzung Asozialer, Verbrecher, Kranker und anderer Rassen“. 1920 verhalfen der Psychiater Hoche und der Jurist Binding der Auslese- und Vernichtungsideologie mit ihrer Schrift „Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens“ zum Durchbruch. Fortan wurde eifrig an der „Rasseveredelung“ und über 'Verbrechensbekämpfung' diskutiert. Unter dem Eindruck des 1. Weltkrieges propagierten sie die Tötung von „Ballastexistenzen“ und „geistig Toter“, um künftig Kosten einzusparen.

In den „NS-Monatsheften“ wird 1930 „Tod dem lebensunwerten Leben“ gefordert. Weitere Schritte bis zum Beginn von Massentötungen im Herbst 1939 sind Bettlerrazzien und KZ-Einweisungen von „Asozialen“ nach dem Ermächtigungsgesetz von 1933 und massenhafte Zwangssterilisationen, die im Juli 1933 beschlossen und Jahre zuvor öffentlich diskutiert worden waren.

Die Debatte der vorangegangenen Jahre bereitete den Boden für das ab 1939 als „Euthanasie-Aktion“ in die Tat umgesetzte Vernichtungsprogramm. Die Folgen sind bekannt. Bis 1945 wurden über zweihunderttausend Menschen durch Menschenversuche ermordet, vergiftet, erschossen, vergast oder dem Hungertod ausgeliefert: behinderte Kinder, PsychiatriepatientInnen, schließlich auch Arme, Alte und „Asoziale“, die von den beteiligten ExpertInnen als „lebensunwert“ stigmatisiert, und zu Forschung und Vernichtung 'freigegeben' wurden.

„... entschlossene Wille unserer Regierung ... den Volkskörper zu reinigen und die krankhaften Erbanlagen auszumerzen!“ (Offizieller Kommentar zum „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ vom 14. Juli 1933)

„Die unheilbar Blödsinnigen ... haben weder den Willen zu leben, noch zu sterben. So gibt es ihrerseits keine beachtliche Einwilligung in die Tötung, andererseits stößt diese auf keinen Lebenswillen, der gebrochen werden müßte. Ihr Leben ist absolut zwecklos, ... Für ihre Angehörigen wie für die Gesellschaft bilden sie eine furchtbar schwere Belastung. Ihr Tod reißt nicht die geringste Lücke ...“ (Binding/Hoche, 1920. Eine Würdigung dieser Schrift erschien noch 1934 in einem Bulletin der „Internationalen Vereinigung sozialistischer Ärzte“!)

Zum Wohle der Allgemeinheit

1946/47 fand in Nürnberg der sogenannte Ärzteprozeß statt. Auf der Anklagebank saßen Ärzte, die im Nationalsozialismus die sog. „Euthanasie-Aktion“ geplant und durchgeführt hatten und für Zwangssterilisationen und

Menschenversuche verantwortlich waren.

Angesichts der Naziverbrechen und einer in diesem Prozeß aufgeflammten Debatte über Menschenversuche formulierten die Alliierten Ankläger in ihrem Urteil die als „Nürnberger Kodex" bekannt gewordenen 10 Punkte, die als Minimalvoraussetzungen für die Zulässigkeit medizinischer Versuche an Menschen gelten sollten. Danach sind Versuche an Minderjährigen, Menschen mit geistiger Behinderung und Anderen, die nicht zustimmen können, verboten. Menschenversuche sollten nur nach 'freiwilliger' Zustimmung durchgeführt werden können.

Zwar ermöglichten die Alliierten Ankläger mit ihren Richtlinien eine Verurteilung der Verbrechen in Nazideutschland. Doch eine grundsätzliche Debatte über medizinische Forschung für das 'Wohl der Menschheit' blieb aus, weil die Funktion der modernen Medizin für die Gesundheit der Bevölkerung nicht zur Disposition stand. So war es dann auch möglich, daß 1964 in der Helsinki-Deklaration des Weltärztebundes, ausgehend vom „Nürnberger Kodex", neue ethische Richtlinien für medizinische Experimente am Menschen bestimmt wurden. Diese Deklaration gilt als Ausgangspunkt einer Institutionalisierung der medizinischen Ethik und der Akzeptanzbeschaffung für neue, aus genetischem Wissen entwickelten Technologien. 1975 wurde auf der Konferenz des Weltärztebundes in Tokio eine neue Reglementierung für Humanforschungsversuche gefordert, da es trotz der Richtlinien von 1964 zum Mißbrauch bei Menschenversuchen gekommen war.

Die in Nürnberg, Helsinki und Tokio verabschiedeten Regelungen stellen nur Ansätze dar, Menschenversuche zu reglementieren und zu institutionalisieren. Eine Verletzung individueller Rechte durch medizinische Forschung können sie nicht verhindern, solange diese im Namen des 'Allgemeinwohls' über das Recht des Individuums gestellt wird.

> ***„Es ist ein Unding, Minderwertigen in jedem Fall dieselben Rechte zuzugestehen wie Vollwertigen. ... Man kann diese Menschen schmerzlos vernichten, sie absondern oder verhüten, daß sie überhaupt geboren werden." (Neofaschist Jürgen Rieger, 1974)***
>
> ***„Dann darf man hoffen, daß mit der Zeit die Menschheit von all dem Minderwertigen [Menschen, d. Verf.] erlöst werden wird, mit dem die seit Jahrtausenden von Geld und Vorrecht geleitete Fehlzucht sie belastet hat." ('Anarchist' Silvio Gesell, 1911)***
>
> ***„Die Tötung eines behinderten Säuglings ist nicht moralisch gleichbedeutend mit der Tötung einer Person. Sehr oft ist sie überhaupt kein Unrecht. ...Sofern der Tod eines geschädigten Säuglings zur Geburt eines anderen Kindes mit besseren Aussichten auf ein glückliches Leben führt, dann ist die Gesamtsumme des Glücks größer, wenn der behinderte Säugling getötet wird." (Philosoph Peter Singer, 1984)***

Kontinuitäten

Die Vorstellung von behindertem Leben als „minderwertigem" Leben entstand nicht im Nationalsozialismus und war nicht mit der Entmachtung der Nationalsozialisten beendet.

Mit oder ohne staatlicher Legitimation wurden und werden auch nach dem Naziregime behinderte Menschen in Heimen und Krankenhäusern zwangssterilisiert. Behinderte Neugeborene werden liegengelassen, d.h. Ärzte oder Verwandte verweigern den Neugeborenen lebensnotwendige Behandlungen. Die aktive und passive Sterbehilfe an behinderten, kranken und alten Menschen wird diskutiert und praktiziert. Vorgeburtliche Untersuchungen (pränatale Diagnostik) sollen 'kommendes Leid' verhindern und selektieren diese Gesellschaft schleichend in Richtung 'gesundem Volkskörper'.

Anders als im Nationalsozialismus kann heute noch weitgehend auf staatliche Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung der beschriebenen Maßnahmen verzichtet werden. Das neue Zauberwort heißt *Selbstbestimmung*. Einerseits wird der Begriff völlig zu Recht aus einem emanzipatorischen Ansatz heraus benutzt, um gegen gesellschaftliche Mißstände zu kämpfen. Andrerseits dient er dazu, gesellschaftliche Normen und Zwänge zu verschleiern: 'Selbstbestimmung' bei einer eugenischen Abtreibung, über das eigene Sterben, der Eltern bei der Sterilisation ihrer geistig behinderten Kinder.

> ***„Das Problem besteht darin, daß wir vor den Abtreibungen nicht wissen können, welches die normalen [Föten, d. Verf.] sind. Dieses Problem ließe sich beseitigen, wenn die Frau bis nach der Geburt warten könnte, bevor sie die Entscheidung für oder gegen das Leben ihres Kindes trifft. Würde man den Zeitpunkt der Entscheidung ändern, so würde das die Zahl der Leben, die ausgelöscht werden müssen, mit einem Schlag um die Hälfte reduzieren." (Philosoph Peter Singer, 1984)***

Zur Biologisierung des Sozialen

Der Entwurf der Bioethik-Konvention ist das Ergebnis eines längeren Prozesses, der als Biologisierung der Gesellschaft bezeichnet werden kann. Physische und psychische Gesundheit ist ein zentrales Thema in Alltag und Politik geworden. Dabei hat diese Biologisierung durchaus zwei Seiten: einerseits entsteht ein 'staatlich definierter Volkskörper', d.h. staatliche Organe und Institutionen gewinnen immer mehr Zugriffsrechte auf das Individuum als biologisches Wesen. Gleichzeitig vollzieht sich dieser Prozeß auch in den Köpfen der Individuen; die Definitionen von gesund und krank werden individuell übernommen und verinnerlicht.

Eine Folge davon ist, daß soziale Verhältnisse auch biologisch erklärt und begründet werden. Hierarchien und Diskriminierungen sind in dieser Sichtweise keine sozialen oder politischen Probleme mehr, sondern gründen in der Biologie (der 'Krankheit', der „Rasse", den Genen...) des/der Einzelnen. Volkswirtschaftliche Interessen wie die Reduzierung von Krankheitskosten werden auf das Individuum abgewälzt und gleichzeitig wird das 'Schuldprinzip' auch von den Einzelnen übernommen.

Die Bioethik-Konvention, die einen erneuten Höhepunkt in diesem Prozeß der Biologisierung der Gesellschaft darstellt, zeigt also nur, was das eigentliche Ziel ist: das Produktiv-machen des Körpers, die optimale Verwertung des Materials Mensch.

Neben der 'Freiheit der Forschung', die im Konventionsentwurf einen hohen Stellenwert innehat, und darauf abzielt, Menschen, die sich nicht wehren können, zu Forschungszwecken zu benutzen und die spätere 'Menschenproduktion' zu optimieren, gibt es weitere Bereiche, an denen sich dieses Produktiv-machen deutlich zeigt: die Organtransplantation - alles, was brauchbar ist, muß noch verwertet werden; das Screening ('durchsieben') von Neugeborenen, ArbeitnehmerInnen oder Versicherten zur Risiko- und Kostenminimierung; die pränatale Diagnostik zur Verhinderung unerwünschten Nachwuchses.

> ***„Eugenik [<gr., 'Wohlgeborenheit'], ... dient der Verhütung v. Erbschädigungen u. der Bekämpfung v. Erbkrankheiten. Bei strikter Einhaltung humanist. Grundsätze ist sie v. individuellem u. gesellsch. Interesse. - Die E. wurde zur biolog. Begründung der Rassendiskriminierung u. des Herrschaftsanspruchs durch den dt. Faschismus mißbraucht." (BI-Universallexikon, DDR 1988)***

Selbstbestimmung, Prävention und Leidensminimierung sind die Stichworte, mit denen diese Ziele der Biopolitik propagiert und verinnerlicht werden. Während an anderer Stelle in Ethikkommissionen von sogenannten SpezialistInnen darüber beraten wird, was „moralisch vertretbar" ist, solange es noch nicht gesetzlich erlaubt ist, ist die Mehrheit der Menschen diesen Stichworten schon auf den Leim gegangen.

> ***„Keine Eltern werden in Zukunft das Recht haben, die Gesellschaft mit verunstalteten oder schwachsinnigen Kindern zu belasten." (Bentley Glass 1972, Präsident der us-amerikanischen Vereinigung zur Förderung der Wissenschaften)***

Die Veranstaltungsreihe soll zu einer breiteren Auseinandersetzung innerhalb der Linken und einer Diskussion möglichen Widerstands beitragen.

Hereinspaziert zum MASCHINELLEN AMOOKLAUF

Zu den Ereignissen der letzten Wochen in Breechen. Erstmal entgegem allem Gerüchten(die v.a. im Neubrandenburger und Berliner Undergraund auftauchten) waren und sind wir nicht akut räumungsbedroht. Aber hier ist so einiges passiert. Irgentwelche wildgewordenen Blaumänner stampften durch die Peenewiesen, rodeten Weiden und andere Bäume und Sträucher und zu Guter letzt jagten sie mit Bagger, Raupe und mehreren Autos moch die letzten Lebewesem aus ihren Versteckem. Das alles nennt sich vorarbeiten für das Planfeststellungsverfahren der A20, speziell für die Peenebrücke. Eswurden Vermessungen und Bodenuntersuchungem n gemacht, d.h. es gab 8 Bohrungen (15-1Imeter tief) im Peenenähe. Die schneiße wurde abgeholzt, damit das Bohrfahrzeug bequem durch das Gebiet am Peeneufer walzen konnte. Derriesige Bagger diente dazu Fahrzeuge wie z.B. das Labor eventuell aus dem Sumpf ziehen zu können. Diese ganzen Geräte zogen wiederum einen Wachkontainer der Demminer Wach und Schließgeselschaft nach sich und eimen riesigen Scheinwerfer zur angemessenen Bestrahlung der Errungenschaften des mxaschiemellen Industriezeitalters bei Nacht. Nachdem von uns eim paarmal versucht wurde die Arbeit zu behimdern gesellten sich zu dem ganzen noch die Cops, die dann ständig in der Einfahrt Breechen standen, Memschen fotografierten, observierten, provozierten und bedrohten.

Schon seit dem sommer tauchten immer wieder Bohr und Ver messungs firmen auf und fast jedesmal gab es Blokkaden. Deshalb hier nur die wichtigsten Ereignisse der letzten zeit:

26.02. Vermessungen auf der Breechener Peeneseite, werden teilweise verhindert

27.02. Verschiedene Wichtigmenschen vom Umweltamt und ähnlichem besichtigen das Gelände, wir sind leider trotz Mobilisierung sehr wenig und protestierten mit Tranzpi und Protestfrühstück vorort

29.02. Rodung der Schneise vom B96 bis zur Peene durch Firma MÖBIUS, die Arbeiten wurden 3 STunden lang blockirt, was die Arbeiter dazu nutzen Pause zu machen. Die Cops tauchen dazu massiv auf, erteilen Platzverweis und wir gehen freiwillig.
Am nächsten Tag lag die säuberlich freigeräumte Schneiße wieder voll Reisig und Gestrüpp

04.03. Nachmittags taucht ein Tross Tieflader an der b96 auf und läd u.a. Bagger, Laborraupe und Wachkontainer ab..

05.03. 6 menschen begeben sich früh zur Baustelle, blockieren den Bagger, der Baggerfahrer reagiert freundlich und fährt die leute noch in der Schaufel hoch und runter. Ingenieure und Vorarbeiter finden sich plötzlich in der verschlossenen Bohrraupe und wissen nich wo der Schlüssel ist. nach höchstens 10minuten taucht ein Polizeiaufgebot von 5 Sixpäcks und einem Ziviauto auf Die cops sind völlig aggressiv, z.b. drohen sie gleich Verhaftung und EDmisshandlung an wenn wir nicht in 3min/60sek/bei der 3. Aufforderung/sofort verschwunden sind. "nehmt die Beine in die Hand"?!
Die Menschen die das Transpi aufgehängt haben werden angebrüllt "nehmt den Lappen da weg".

Ein Bulle labert etwas von Platzverweis entlang der Stasse. Keine Verhaftungen. Abends wird eine Frau wegen Fahrradfahren ohne Licht angehalten. Die Cops drohen mit Verhaftung und EDmisshandlzng, geben sich dann mit den Personalien und Ordnungsgeld zufrieden, wenden völlig unverhältnismässig körperliche gewalt an, u.a. Schubsen, Armverdrehen. Wir werden ständig von den Cops observiert.

07.03. Wir haben für 15uhr zum Baustellenspaziergang mobilisiert. Ca.20 leute ziehen mit Transpis zur "Baustelle". Einige bes besetzen das Bohrfahrzeug, was die Arbeiter nicht zum auf-hören bewegt. In dem gewühl werden Bohrproben ausgekippt. Als wir gerade gehen wollen tauchen 10 Jugendliche aus Jarmen ("A2o jai!") auf. Die Cops sind an diesem Tag nur ganz wenig, halten sich zurück, wahrscheinlich weil Presse daist.

Die Bohrarbeiten dauerten noch bis Montag den 11.03. an. Da jeder Schritt von uns beobachtet wurde und wir zu wenig leute waren, bzw. auch keine Kraft mehr hatten trotzdem eine aktion durchzusetzen, konnten diese ungestört zu ende gebracht werden.

Heute, 19.03. bohrten sie zwei 5 meter Löcher auf dem Hüttendorfgelände, ungehindert, 8 Bullenfahrzeuge vor dem Dorf und 5 in Wartestellung in Breechen, und das morgens 9uhr. Sie geben sich sehr reläxt.

Da dieselbe Bohrfirma schon im herbst erfolglos versucht hat auf dem Hüttendorfgelände zu bohren, konnten wir die Baugrunduntersuchungen immerhin bis jetzt rauszögern. Die Ergebnisse hatten sie eigentlich schon viel eher gebraucht, weil sie ohne den architechnischen Entwurf zur Brücke das Planfeststellungsverfahren garnicht Z z "eröffnen" können. Jetzt wird es eine weile dauern ehe das sie alles sauber gezeichnet haben. Im Frühjahr soll dann mit dem Verfahren begonnen werden.

Das sich die Bullen selbst wohl über die Ø Sinnhaftigkeit ihres Tuns im Zweifel hielten, wird auch durch ihre nächtlichen Aktivitäten deutlich, da sie offenbar aus lauter Langeweile mit Scheinwerfern ins Dorf morsten oder über Megaphon ein ganzes Fussballstadion anrücken liessen. Was uns aber nicht davon abhalten konnte, uns ebenso gelangweilt umzudrehen und weiterzuschlafen.

Die Gefährlichkeit, die vom Hüttendorf offenbar ausging, musste selbstverständlich mit Dauerobservation durch vor beifahrende Streifen oder auf der Strasse vorm Dorf positionierte Beobachtungsposten begegnet werden. Bestätigen konnten wir solchermassen realistische Einschätzung [redacted] der Grün-weissen durch subversive Aktionen wie Frühstück vor dem Einsatzfahrzeug mit terroristischem Zeitungslesen.

Liebesgrüsse ans Hüttendorf Dissen, macht weiter so und nervt schön viel!!

Nordkurier 8.3.96

Hüttendörfler wollen den Bohrer lahmlegen

Bodenproben für A 20 sorgen wieder für Protest

Von unserem Redaktionsmitglied Thomas Beigang

Jarmen. Von der Bundesstraße 96 führt kurz hinter Jarmen ein neuer Zugang zur Peene. Auf gut sieben Meter Breite ist eine Bresche in den Schilfgürtel geschlagen. Vor wenigen Tagen haben sich hier Bagger ihren Weg gebahnt, große Bohrmaschinen sind ihnen gefolgt. Vorarbeiten für die Autobahnbrücke über die Peene.

Für die Autobahngegner, die seit dem letzten Sommer im Hüttendorf auf der gegenüberliegenden Seite der B 96 leben, wieder ein konkreter Anlaß zu Protesten. Gestern nachmittag zogen etwa 20 von ihnen, gemeinsam mit Sympathisanten des Bundes für Umwelt und Natur (Bund), der Grünen Liga und von Bündnis 90/Die Grünen an das Peeneufer, um gegen die Bohrungen zu demonstrieren. Susanne (20), die, wie sie sagt, von Anfang an dabei ist, beurteilt die Rodungen „als maßlos übertrieben". Bäume und Sträucher, ideale Winterquartiere für viele Tiere eben, seien „einfach weggeputzt" worden. Für die Bodenuntersuchungen hätten auch Plätze neben den Bäumen genutzt werden können.

Den Arbeitern, die hier bohren, kommt der Protest „einfach lächerlich" vor. „Wir wollen hier unsere Brötchen verdienen", sagt einer. „Und die besetzen unsere Maschinen." Dabei könne nun einmal kein Brückenpfeiler gesetzt werden ohne genaue Kenntnis des Bodens.

Zwei Platzverweise

Schon Dienstag früh hätten sich junge Gegner der A 20 vor die Maschinen gelegt und die Arbeiter am Weiterkommen gehindert. Einer, sagt einer der Brunnenbauer, habe sich sogar in einen Bagger eingeschlossen. Die Polizei mußte geholt werden, um den Platz zu räumen. Für zwei der Hüttenbewohner gelten seitdem „Platzverweise" für den Ort der Bohrungen.

Seitdem wird die neue Schilfschneise von Polizisten bewacht. Und auch gestern waren bald mehr Beamte als Demonstranten vor Ort. Auch gut zwei Dutzend Schaulustige („Wir sind für die Autobahn") haben sich auf den morastigen Weg durch das Schilf gemacht. Einer, der am gegenüberliegenden Ufer der Peene wohnt, ist auf die A-20-Gegner besonders sauer. Wenn die nicht gewesen wären, sagt er, würde man die Autobahn ein paar Kilomer weiter bauen. „Jetzt aber bekomme ich die genau vor meine Nase."

Aktion gegen A 20 an der Peene

Breechen. Zu einer „gezielten Aktion" rief gestern das Aktionsbündnis „Keine A 20" an der Peene bei Jarmen auf, woraufhin in Anwesenheit der Polizei etwa 20 Autobahn-Gegner einschließlich der Hüttendorfbewohner mit zwei Transparenten zum Flußufer marschierten. Dort nämlich werden von einer Firma Bohrungen zur Baugrunduntersuchung vorgenommen. Im Vorfeld kam es vergangene Woche zu Baumrodungen für eine Schneise von der B 96 zur Peene.

Nachdem einige der A 20-Gegner die Technik besetzten, kam es zum Handgemenge zwischen ihnen und den Arbeitern. In der Zwischenzeit versammelte sich auch etwa ein Dutzend A 20-Befürworter am Ufer. Nach einer Stunde war die Aktion beendet.

Das Aktionsbündnis „Keine A 20" rief gestern zur Demo an der Peene auf, wollte „gegen diesen Eingriff in das Landschaftsschutzgebiet" protestieren.

OZ, 8. März 96 Lokalteil Bützow

Am 21. März 1996 hat der Staatsschutzsenat am Oberlandesgericht in Koblenz die für 25., 27. und 28. März festgesetzten Hauptverhandlungstermine im 129a-Prozeß gegen Ursel Quack aufgehoben.



Die Aufhebung begründet er im wesentlichen mit zwei Punkten:

1. Am 20. März habe der Senat von einem Schriftsatz erfahren, den der Beamte des Bundeskriminalamtes Lang am 13. Februar an die Generalstaatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht Frankfurt gerichtet habe. Diesem Schriftsatz zufolge hatte Lang Anfang 1994 einen Bericht erstellt, in dem er zu für Ursel „entlastenden" Ergebnissen kommt. Da der Senat davon ausgeht, daß Ursels Anwalt einen Beweisantrag stellen wird, in dem Lang geladen wird, dieser jedoch erst ab Mitte Mai zur Verfügung steht, müsse die Hauptverhandlung dann erneut beginnen.
2. Die Hauptverhandlung sei mit „erheblichen Kosten, Sicherheitsvorkehrungen und Belastungen" verbunden, aufgrund „der aus der linken Szene angekündigten Störaktionen". Daher sei es unverantwortlich, die Hauptverhandlung wie vorgesehen beginnen zu lassen, ohne daß der Zeuge Lang zur Verfügung steht.

Punkt 1 dieser Begründung bedarf einer genaueren (chronologischen) Erläuterung:

Das Auswertungsreferat der Abteilung Terrorismus beim Bundeskriminalamt hatte nach Bad Kleinen den Auftrag, den Inhalt des Rucksacks von Birgit Hogefeld auszuwerten. Am 13. August 1993 hat der zuständige Sachbearbeiter Lang dazu einen ersten Bericht erstellt. In ihm taucht Ursel auf, der ein Brief und andere Schriftstücke wie Zeitungen und Flugblätter aus der Region Saarbrücken zugeordnet werden. Dieser Bericht galt als „Nicht gerichtsverwertbar", da in ihm keine „strafrechtlichen Einordnungen" enthalten waren.
Im Oktober 1993 wurde Lang vom Ermittlungsreferat des Bundeskriminalamtes - auf Drängen der Bundesanwaltschaft - dazu aufgefordert, eine Version des Berichts zu erstellen, die für die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen Ursel und für die Durchführung „strafprozessualer Maßnahmen" geeignet sein sollte. Im Januar 1994 legte Lang eine ausführliche Gesamtbewertung vor, in der er allerdings zu einer entlastenden Bewertung der Unterlagen kam.

Lang kommt zu dem Ergebnis, daß
a) Ursels Aktivitäten aus Sicht des Auswertungsreferats nicht als Unterstützungshandlung einer terroristischen Vereinigung gewertet werden können und
b) sich „offene" strafprozessuale Maßnahmen (wie z.B. Durchsuchungen, Festnahme etc.) äußerst negativ und strafvereitelnd auf andere Ermittlungsansätze auswirken würden.

Zusammengefaßt heißt das:
Das Auswertungsreferat ist der Meinung, daß der Ursel zugeordnete Brief und die Flugblätter und Zeitungen zu dünn sind, um zu einer Verurteilung von ihr zu kommen, und schlägt daher weitere verdeckte Ermittlungen vor.

Andere Stellen der Staatsschutzapparate - inbesondere die Bundesanwaltschaft - hatten andere Interessen:
Der Bericht wurde weggebunkert - laut Lang wurde mit etwa 30 anderen BKA-Berichten in diesem Zusammenhang ähnlich verfahren. Im weiteren Verlauf führten die Differenzen über dieses Vorgehen dazu, daß Lang vom Dienst suspendiert, und sein Vorgesetzter Brisach versetzt wurde. Gegen Lang läuft ein Verfahren wegen „Verletzung des Dienstgeheimnisses", während er Strafanträge gegen ehemalige Kollegen beim Bundeskriminalamt gestellt hat, unter anderem wegen „Strafvereitelung im Amt".
Ende Februar 1996 tauchten dazu Presseberichte auf, in denen von „teilweise vernichteten Unterlagen" die Rede ist. Diese Presseberichte veranlaßten die Anwältinnen von Birgit Hogefeld, Beweisanträge zu stellen. Sie wollten unter anderem überprüfen, ob alle erstellten Berichte in ihren Akten enthalten sind. Ein Ergebnis ihrer Arbeit ist nun, daß die Manipulation von BKA-Berichten offen auf dem Tisch liegt.
Die Bundesanwaltschaft ist nach eigenen Angaben derzeit nicht in der Lage, den von Lang erstellten Bericht dem Oberlandesgericht in Koblenz vorzulegen.

Der Verurteilungswille der Staatsschutzjustiz gegen Ursel ist offensichtlich. Neue Termine für die Hauptverhandlung vor dem Oberlandesgericht in Koblenz sind bereits festgelegt.

Daß die Staatsschutzapparate „Beweismittel" manipulieren, vernichten, wegbunkern, aufbauen... , ist nichts Neues. Bad Kleinen, die Ermordung von Wolfgang Grams, die Vertuschungen und Verdrehungen der Vorgänge, und wie schnell sie entsprechend der gewünschten staatlichen Version passend gemacht werden konnten, stellen allerdings darin eine weitere Dimension dar.
Dazu gehört, daß die Kugel, die Wolfgang Grams tötete, nie sicher identifiziert wurde;
daß ausgerechnet die Ausschnitte eines BKA-Videos, die über den Hergang auf dem Bahnhof in Bad Kleinen hätten Klarheit schaffen können - auch über den Tod von Newrzella - fehlten;
das Abhandenkommen der Jacke eines GSG9-Bullen mit eventuellen Schmauchspuren aus der Obhut des Wissenschaftlichen Dienstes der Stadtpolizei in Zürich, von der letztlich die Version, Wolfgang habe sich selbst erschossen, bestätigt wurde;
die Nichtberücksichtigung aller Waffen der eingesetzten GSG9-Bullen.
Die Spirale der Lügen der Staatsschutzapparate dreht sich, um zu verhindern, daß die Wahrheit über ihren Willen, politische Gegner zu verfolgen, einzusperren oder zu töten, ans Licht kommt.

Unsere Einschätzung ist, daß unsere Mobilisierung wesentlich mit dazu beigetragen hat, daß der 129a-Prozeß gegen Ursel verschoben werden mußte.
Durch unsere Mobilisierung haben wir Gegenöffentlichkeit hergestellt, am ersten Prozeßtag am 25. März hätte eine Demonstration in Koblenz stattgefunden, die politisch über den Prozeß hinaus bestimmt ist, solidarische Präsenz im Gerichtssaal war sicher. Damit haben wir dem Vorhaben des Staatsschutzsenats, den Prozeß entpolitisiert und schnell abzuwickeln, einen Strich durch die Rechnung gemacht.

Dadurch, daß offen wurde, daß der Bericht des BKA-Beamten Lang im Interesse der Bundesanwaltschaft weggebunkert wurde, gibt es ein konkretes Beispiel dafür, wie die Praxis der Staatsschutzapparate aussieht.
Die politische Intention der juristischen Verfolgung fundamentaler Opposition wurde konkret sichtbar.
Ein Erfolg im Prozeß gegen Ursel wäre jedoch nur ein kleiner Schritt. Daß sich unsere politischen Ausgangsbedingungen verbessert haben, liegt nicht nur an der Gegenmobilisierung. Uns kam schlichtweg auch der Zufall zu Hilfe.

Weg mit dem 129a-Prozeß gegen Ursel Quack!

Unsere Mobilisierung wird weitergehen mit dem Ziel mit dazu beizutragen, daß die Linke eine Kraft wird, die in der Lage ist, die Staatsschutzangriffe gemeinsam zurückzuschlagen.

Beginn der Hauptverhandlung: Donnerstag, 30. Mai 1996, 9.30 Uhr
Fortsetzungstermine: Montag, 3. Juni 1996, Donnerstag, 13. Juni 1996
Oberlandesgericht Koblenz, Karmeliterstraße

Am 1. Prozeßtag Demonstration in Koblenz
Beginn 16.30 Uhr, Josef-Görres-Platz

Prozeßcafé im TATORT, Münzplatz 15, jeweils in den Prozeßpausen und nach dem Prozeß.

29. März 1996

Komitee Solidarität heißt Widerstand
Alte Feuerwache, Am Landwehrplatz 2
66111 Saarbrücken

Spendenkonto: 335348/757
Blz 660 100 75 Postbank Karlsruhe
Ra. Martin Heiming

Faschistische Strukturen bekämpfen Rassistische Pogrome stoppen!

Vor dem Hintergrund der Zunahme faschistischer Übergriffe auf Flüchtlinge in den letzten Monaten rufen wir zu einer antifaschistischen Demonstration am 20. April 1996 in Magdeburg auf.

Die verstärkten Angriffe der letzten Zeit müssen im Zusammenhang gesehen werden mit den Versuchen faschistischer Kader, in Magdeburg Strukturen aufzubauen bzw. zu verfestigen.

So fand unter anderem ein Konzert mit einschlägig bekannten Faschobands unter der Regie von Thorsten Heise (FAP) am 2.März 1996 in Barleben bei Magdeburg statt, zu dem mehr als 1200 Faschisten aus der gesamten BRD anreisten. Auch tauchen seit 1995 regelmäßig Schlips- und Kragenfaschisten in staatlich geförderten Fascho-Klubs auf, um dort zu rekrutieren. Hierbei handelt es sich unseren Informationen nach hauptsächlich um FAP-Kader.

Diese Aufbauarbeit trägt Früchte. Das zeigt sich nicht zuletzt in der massiven Zunahme faschistischer Übergriffe vor allem auf Flüchtlinge seit Beginn des Jahres. Bei einem dieser Überfälle wurde ein sudanesicher Flüchtling mit einer Schreckschußwaffe angegriffen und erlitt dabei schwere Kopfverletzungen.

Rassistische Pöbeleien und Angriffe gehören zum Alltag:

Unvollständige Chronologie seit März 1996:

10.03.96	bei Ausschreitungen vor einem Jugendklub in Olvenstedt erleidet eine 29jährige Frau ein Schädelhirntrauma, 3 weitere Menschen werden verletzt; die Nazis hatten den Klub mit Holzlatten angegriffen
10.03.96	4 Faschisten aus Niedersachsen greifen einen 30jährigen Flüchtling an; es kommt zuerst zu Pöbeleien, danach wird er mit einem Messer bedroht und geschlagen
11.03.96	30 Faschisten, die zu einem "Elbsturm"-Konzert nach Magdeburg gekommen sind, erhalten Platzverweise; 17 werden festgenommen
14.03.96	3 Faschisten schlagen einen 33jährigen Mann zusammen, der einer älteren Frau, die von diesen angepöbelt wurde, helfen wollte
18.03.96	mehrere Nazis jagen einen Flüchtling durch die Stadt und schlagen ihn mit Eisenstangen
18.03.96	6 Faschisten überfallen einen Punk in der Straßenbahn
18.03.96	ein 18jähriger wird auf dem Weg zur Arbeit von 4 Faschisten in der Straßenbahn zusammengeschlagen
19.03.96	etwa 20 Faschisten greifen einen Flüchtling an und schießen ihm dabei mit einer Schreckschußpistole in den Kopf, so daß er mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus muß
22.03.96	5 Faschisten überfallen einen Jugoslawen; er wird getreten und mit einer Schreckschußwaffe bedroht

Der 20. April wurde von uns bewußt als Termin für eine Demonstration gewählt, da sich für diesen Tag - den sogenannten "Führergeburtstag" - ein erneutes rassistisches Pogrom abzeichnet. Mit den Erfahrungen vom "Himmelfahrtspogrom" 1994, wo es von AntifaschistInnen erst im Nachhinein Reaktionen gab, obwohl bereits im Vorfeld Informationen über geplante faschistische Aktivitäten vorlagen, wollen wir in der jetzigen Situation nicht länger passiv bleiben, sondern den Faschisten offensiv entgegentreten.

antifaschistische

Demonstration

20.04.1996 Magdeburg
14.00 Uhr Zentraler Platz

UNABHÄNGIGE INFOGRUPPE MAGDEBURG

Ausstellung ...Machen Sie sofort die Schranktür zu! im El Locco...

Machen Sie sofort die Schranktür zu!

Zeichnungen zur Isolationshaft, entstanden nach intensiven Gesprächen mit ehemaligen Gefangenen aus der Isolationshaft in deutschen Gefängnissen. Diese Wanderausstellung wird nach zehn Jahren hier mit ergänzenden Film- und Diskussionsveranstaltungen beendet.
"Betrachter unserer Arbeiten haben uns gefragt, warum wir gerade Situationen aus der Isolationshaft darstellen. Einmal sind da die Berichte und Schilderungen über das zunehmende Einbetonieren von (meist politischen) Gefangenen und die beklemmende Gründlichkeit beim Einführen immer neuer Isolationsmaßnahmen. Isolationshaft wird auch aus dem öffentlichen Bewußtsein herausgehalten und eine öffentliche Debatte darüber wird als störend angesehen. Will man uns zwingen, hinterher einmal mehr "von all dem nichts gewußt" zu haben?"

Ausstellung vom 13.04. bis 08.05.1996
geöffnet: Di. - Sa. 17.00 bis 22.00 Uhr, So. 15.00 bis 20.00 Uhr

Ausstellungseröffnung

Nach dem Film "23 Stunden" Diskussion mit Ilse Schwipper, ehemalige Gefangene aus der Bewegung 2. Juni


Das geteilte Selbst

23 Stunden

Video, BRD 1988, 57 min.,von U. Bratke, CH. Heckes, Ch. Hoffmann
Der U-Haftgefangene gilt vor dem Gesetz als unschuldig, dennoch wird er 23 Stunden allein in einer Zelle eingesperrt und darf höchstens alle 14 Tage für eine halbe Stunde Besuch erhalten. Die U-Haftbedingungen sind bewußt härter geregelt als die Strafhaft.Der U-Haftgefangene soll geständig gemacht werden und /oder auf eine Revision verzichten Sechs ehemalige U-Häftlinge, die eine Haftzeit von 14 Tagen bis zu über 7 Jahren hinter sich haben, schildern die Bedingungen der U-Haft in West-Berlin. Die Männer werden in dem über 100 Jahre alten Gefängnis in Moabit in strenger Einzelhaft gehalten, während sich die Frauen in dem modernen und hochgesicherten Gefängnis in Plötzensee dem "therapeutischen" Wohnvollzug unterwerfen müssen.

Sa. 13.04.um 19.00 Uhr

Situation von inhaftierten Frauen ohne deutschen Paß in der Frauenhaftanstalt Plötzensee

Das Frauenplenum des Lateinamerikazentrums (LAZ) berichtet. Kurzfilm mit einer Kolumbianerin und an sie gerichtete Briefe. Dieser Film ist in Preungesheim F./M. entstanden.

Mi.17.04. um 20.00 Uhr nur für Frauen



Bene-X-Konzert

- Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht -



Sa 20.4.96 19:00
im Café Chaos
Saargemünder Str. 28
U1 Thielplatz

Eintritt 5,- DM

Bau Schule – selbstverwaltete Veranstaltungsetage – Größenwahn

1. treffen mitte mai post an anne hoffmann rosenthalerstr. 19 weimar

Freitag, 12.4.96
21.00 Uhr

Das FrauenLesbenVideoKino
„Out in Friedrichshain" zeigt:
„Mädchen in Uniform"
mit Romy Schneider
ab 20.00Uhr ist das **Café** geöffnet
Eintritt 4 mark (Women only)

Samstag, 13.4.96
15.00 - 20.00 Uhr

Kaffee und Kuchen im Café Größenwahn und um
16.30 Uhr Film: ***„Hair"***
(Eintritt frei, Spenden erwünscht)

Donnerstag,18.4.96
19.00 Uhr

Film über die Situation von Frauen auf den Phillipinen
nd aktuelle Infos über die Situation von Sarah Balbagan, die in Notwehr den Mann, der sie vergewaltigte, umgebracht hat.
Freiheit für Sarah Balabagan!

HÄUSER-DEMO
LINKSRADIKAL & MIETFREI INS NÄCHSTE JAHRTAUSEND!

Fr 12.4. Aktionstag 12Uhr RiotBreakFast Marchstr.23, 18Uhr Vokü Marchstr.23
Sa 13.4. Lichtenberg 11Uhr Frühstück Pfarrstr.88
14Uhr Demo ab Helmholtzplatz (U Eberswalderstr.)
bis zum PfarrStraßenfest von 17-21Uhr,mit Vöku Flohmarkt. Dann Konz im Eisenbahner: Die Brut/ HalbNeun/ Skatergun/ GetränkeHoffmann/ Boon+special guests. U Nöldener Platz S Ostkreuz.

Mit diesem Buch wird die jüngere Entwicklung in allen Teilen Kurdistans bildlich beschrieben. Neben den Auswirungen des unter den Augen der Weltöffentlichkeit stattfindenen Vernichtungskrieges der türkischen Armee in Kurdistan-ürkei, sind das Alltagsleben, der soziale Wandel, die differenn und sich gegenseitig bedingenden Formen des Lebens und s Widerstandes Themen der Fotos. Sie zeigen die Realität on Lager, Verfolgung, Vernichtung und den Versuchen in der N-Schutzzone« zu überleben.
ie Fotos sind im Rahmen der konkreten Solidaritäts- und Unrstützungsarbeit in den verschiedenen Regionen Kurdistans on 1984 bis 1994 entstanden.



Kurdistan
Ein Fotobuch von R. Maro
Mit Texten von Ronald Ofteringer
Herausgegeben von medico international

128 Seiten, 120 z. T. ganzseitige Fotos, 28,- DM (ab 1.4.96: 36,-DM) Großformat, Fadenheftung

3. Vorbereitungstreffen zum Papstbesuch, am 15.04. 96, um 19.30 Uhr im Blauen Salon, Mehringhof.

Der Gesundheitschip

Gläserne PatientInnen als Zielscheibe für eine fragwürdige Gesundheitspolitik ?

Eine Veranstaltung der Wuppertaler Initiative für einen Gesundheitsladen "Gesundheit von unten"; mit *Hans-Jürgen Jonas, Gesundheitsladen Köln und Mitautor des Buches "Der Gesundheitschip"*

Spätestens seit Beginn 1995 haben 95% der bundesdeutschen Bevölkerung eine computerlesbare, mit einem Speicherchip versehene Krankenversichertenkarte. Bisher enthält diese Karte "nur" personenbezogene Daten zu Name, Adresse, Alter, Krankenkassen etc Mit der Einführung dieser Karte wurde die Ausstattung aller Arztpraxen mit Computern durchgesetzt.

Bereits seit einigen Jahren diskutieren Krankenkassen, ChipkartenherstellerInnen, Kassenärztliche Vereinigungen und PolitikerInnen über die (zunächst freiwillige) Einführung sogenannter medizinischer Chipkarten, auf denen - im Gegensatz zu der derzeitigen Krankenversichertenkarte - auch medizinische Daten gespeichert werden. Einige dieser Karten werden bereits erprobt. So z.B. Notfallkarten mit Blutgruppe und Medikamentenunverträglichkeiten, A-cards, auf denen sämtliche verordnete und abgeholte Medikamente gespeichert sind, Karten, auf denen die Teilnahme an Präventionsmaßnahmen erfaßt ist, sogar Karten, die sämtliche medizinischen Daten einer Person enthalten.

Uns sollen diese Karten schmackhaft gemacht werden mit dem Hinweis, daß dadurch eine bessere medizinische Versorgung ermöglicht wurde. Bei der allseits praktizierten (durch das Abrechnungssystem geförderten) 5-Minuten-Medizin fallen oft relevante Informationen unter den Tisch.

Medizinische Chipkarte - die Lösung? - Damit ÄrztInnen noch weniger als bisher mit uns reden müssen? - Damit wir problemloser durch den Massenabfertigungsapparat der modernen Medizin geschleust werden können? - Damit man uns Krankheiten wie z.B. Lungenkrebs und Sportverletzungen besser als "selbstverschuldet" nachweisen kann? - Damit unser Wohlverhalten (z.B. Teilnahme an Präventionsprogrammen) besser kontrolliert werden kann?

Die Regierungsparteien planen bereits die nächste Stufe der Gesundheitsreform. Sie diskutieren die Aufspaltung der gesetzlichen Krankenversicherung in Regel- und Zuwahlleistungen, die Einführung von Bonuspunkten für Wohlverhalten und "Sündensteuern" für "gesundheitsgefährdendes Verhalten" und viele andere Maßnahmen zur Entsolidarisierung und Perfektionierung der Leistungsgesellschaft. Medizinische Chipkarten werden dabei ein wichtiges Kontroll- und Steuerungsmittel sein.

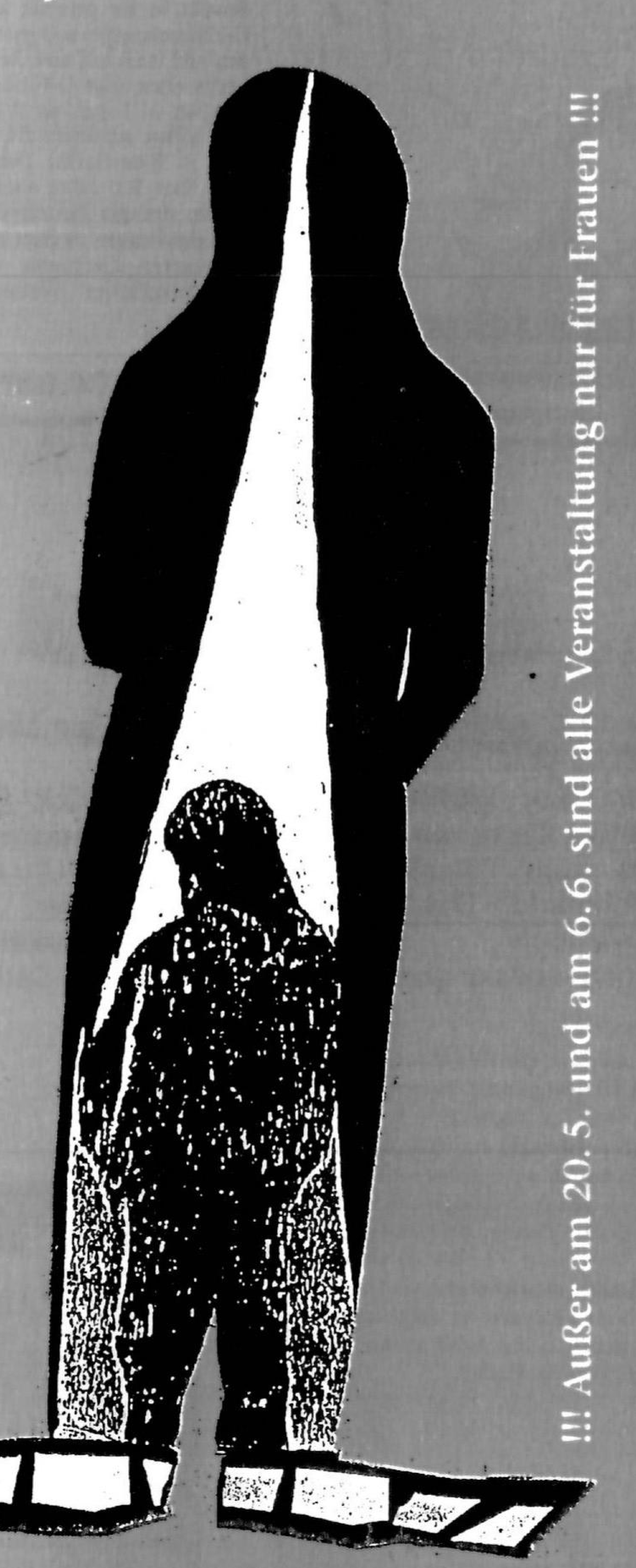
Bei unserer Veranstaltung am
25. April 1996 um 19.30 h im Forum,
Arrenberger Str. 100, möchten wir über die aktuellen Entwicklungen informieren und mit allen Anwesenden diskutieren. Wie können wir uns wehren? - Was für Widerstand gibt es bereits?
Unserer Phantasie sind keine Grenzen gesetzt!

Veranstaltungsreihe:

Gewalt ist kein Zufall

17. April bis 6. Juni 1996
jeweils 19.30 Uhr

Mittwoch, 17. April	**„Gewalt ist kein Zufall"** **Grundlagen der Dominanzkultur, deren Mechanismus und logische Folgen** Birgit Rommelsbacher
Mittwoch, 24. April	**Verschwiegene Verletzungen** **Sexuelle Gewalt an Mädchen und Frauen mit Behinderungen** Sigrid Kwella
Freitag, 26. April	**Die Situation der von Gewalt betroffenen Immigrantinnen** Schamsie Khonsari von II.Frauenhaus
Freitag 3.Mai	**„Gesundheitliche Folgen sexueller Gewalt"** **Psychische Folgen und deren organische „Umsetzung"** Dr.med.Ernestine Wohlfahrt
Mittwoch, 8. Mai	**Von wegen „Kavaliersdelikt"** **Vom Umgang des bundesdeutschen Rechts mit dem Problem der sexuellen Gewalt** Susanne Baer
Freitag, 17. Mai	**Angst kann lehren sich zu wehren** **Methoden und Ansätze der Selbstverteidigung von Frauen und Mädchen in Gewaltsituationen** Sani Graf
Montag, 20. Mai	**Kritik an der Gutachterinnenpraxis** **Darstellung pychologischer kinder- und jugendpsychiatrischer Begutachtung** Dr.med J. Fegert
Mittwoch, 22. Mai	**Vorstellung der Arbeitsmethoden der verschiedenen Hilfseinrichtungen, die im Bereich Gewalt / sexuelle Gewalt arbeiten** Kind im Zentrum, Papatya und Zufluchtswohnungen für Frauen
Freitag, 31. Mai	**„Erregte Verdrängung" Zur Problematik und Vorgehensweise der „Gegenbewegung"** Ellen Becker
Donnerstag, 6. Juni	**„Kinderfreunde"? Päderastie/Pädophilie** **Sexueller Mißbrauch an Jungen** Autonome Männergruppe Berlin



!!! Außer am 20.5. und am 6.6. sind alle Veranstaltung nur für Frauen !!!

Alle Veranstaltungen finden in der Alice-Salomon-Fachhochschule im Raum 301 statt: Karl-Schrader-Str. 6, 10781 Berlin (Eingang Goltzstraße), U-Bhf. Eisenacher Straße

Veranstalterin: **Jacaranda**

Dieffenbachstraße 33 · 10967 Berlin · ☎ 030/694 86 56

in kooperation mit der **frauen-anstiftung** in hamburg